

JAHRESABSCHLUSS UND
ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT
2019

WERTE

SCHAFFEN

INHALT

SEITE

1



33

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

- 1 Grundlagen des Konzerns
- 8 Wirtschaftsbericht
- 19 Prognose-, Chancen- und Risikobericht
- 26 Sonstige Angaben
- 29 Erläuterungen zum Jahresabschluss
der Mainova AG (HGB)

SEITE

34



83

JAHRESABSCHLUSS

- 34 Bilanz
- 35 Gewinn- und Verlustrechnung
- 36 Anhang
- 75 Bestätigungsvermerk des unabhängigen
Abschlussprüfers
- 83 Versicherung der gesetzlichen
Vertreter

SEITE

84

GRAFIK- UND TABELLEN- VERZEICHNIS



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit haben wir in der Regel auf geschlechtsspezifische Doppelnennungen verzichtet.

Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

GRUNDLAGEN DES KONZERNS

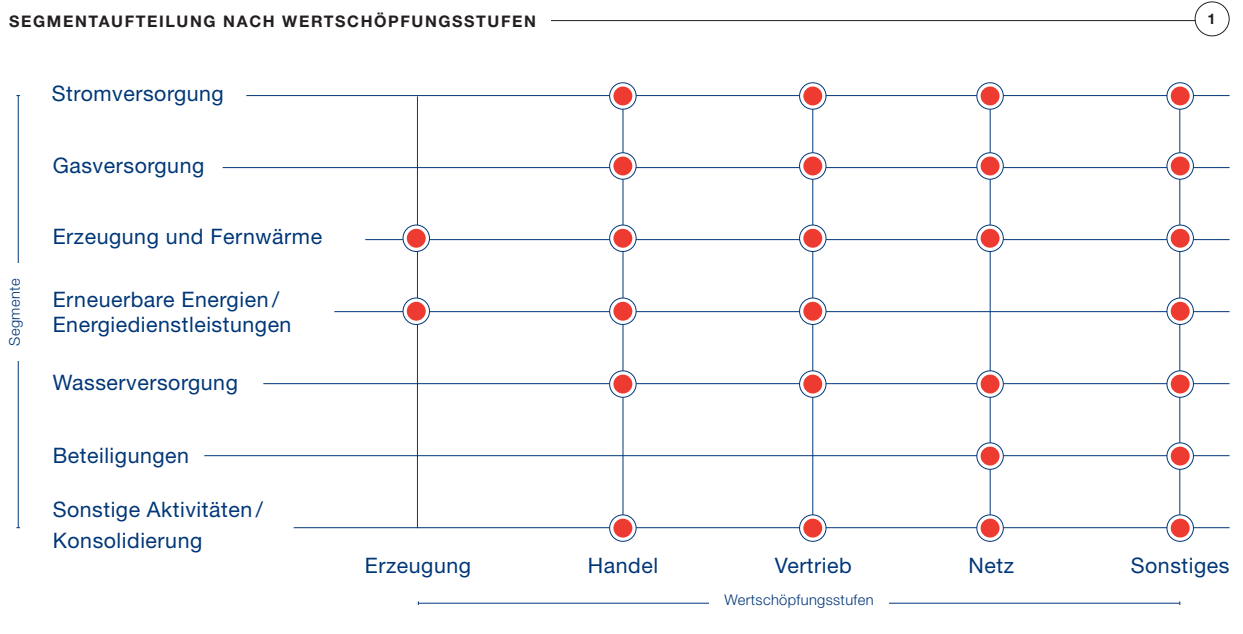
Als börsennotiertes Unternehmen hat die Mainova Aktiengesellschaft (Mainova AG) ihren Konzernabschluss (im Folgenden wird der Mainova-Konzern als Mainova bezeichnet) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Lagebericht der Mainova AG und der Konzernlagebericht wurden gemäß den §§ 315 Abs. 5 und 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst. Daneben hat die Mainova AG ihren Jahresabschluss nach § 264 HGB aufgestellt.

Geschäftsmodell

Mainova ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen überwiegend in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen mit Strom und Gas. In Frankfurt am Main bieten wir unseren Kunden zusätzlich Wärme und Wasser an. Zudem beliefern wir regionale Energieversorgungsunternehmen (Energiepartner) sowie bundesweit Geschäftskunden mit Strom und Gas. Auch energienahe Dienstleistungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir Dritten den Zugang und Anschluss zur Verfügung und gewährleisten den sachgerechten Transport von Energie und Wasser.

Unser operatives Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die Mainova AG und die nachfolgend genannten Tochterunternehmen wahr. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet und betreibt das Strom- und Gasnetz der Mainova AG. Für die Wasserversorgungsnetze übernimmt sie die Betriebsführung. Die Aufgaben der Mainova Service-Dienste Gesellschaft mbH (MSD) erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der Lieferungen und Leistungen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH (SRM) betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz in Frankfurt am Main. Die Hotmobil Deutschland GmbH (Hotmobil) vermietet und vertreibt Anlagen zur dezentralen Energieversorgung. Unsere Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien bündeln wir in Tochter- und Beteiligungsunternehmen. Dabei handelt es sich vorrangig um Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen.

Nachfolgend sind die Segmentstruktur und die dazugehörigen Wertschöpfungsstufen dargestellt:



In der Strom-, Gas- und Wasserversorgung wird jeweils die Wertschöpfungskette vom Handel über den Vertrieb bis hin zur Verteilung dieser Produkte abgebildet.

Im Segment Erzeugung und Fernwärme werden sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Fernwärme einschließlich der Wärme- und Stromproduktion in Frankfurt gebündelt. Ferner sind Beteiligungen an konventionellen Erzeugungsgesellschaften in diesem Segment enthalten.

Dem Segment Erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen sind unsere Biomasse-, Windenergie- und Photovoltaikanlagen sowie das Contracting- und Energiedienstleistungsgeschäft zugeordnet.

Im Segment Sonstige Aktivitäten und Konsolidierung sind unter anderem das Straßenbeleuchtungsgeschäft, sonstige Dienstleistungen sowie Anlagenverkäufe, die nicht in Zusammenhang mit einem Kernsegment stehen, enthalten. Hierbei handelt es sich um Nebengeschäfte, die eine untergeordnete Steuerungsrelevanz haben. Zudem werden in diesem Segment Konsolidierungseffekte abgebildet.

Unternehmensstrategie und Nachhaltigkeit

Strategie Mainova 2028

Ende 2017 haben wir mit der Umsetzung unserer Strategie 2028 begonnen. Seitdem wurden viele Weichen gestellt, damit unser Unternehmen auch in Zukunft erfolgreich am Markt agieren kann. Bei allen Aktivitäten orientieren wir uns dabei an den Kernelementen unserer Strategie.

UNSERE VISION: ERSTE WAHL FÜR ENERGIELÖSUNGEN

Unsere Ambition ist es, Mainova in Frankfurt, in der Region Rhein-Main und darüber hinaus als einen der Top-Energieversorger zu positionieren. Dieses Ziel repräsentiert unsere Vision „Erste Wahl für Energielösungen“.

Unter „Erste Wahl“ verstehen wir, dass Mainova der bevorzugte Ansprechpartner für alle aktuellen und potenziellen Kunden ist, wenn es um energiewirtschaftliche Sachverhalte geht. Der Fokus auf Lösungen schließt das klassische Kerngeschäft ein, also den Vertrieb von Strom, Gas, Wärme und Wasser. Wir sind überzeugt, dass sich die neue Energiewelt durch wertschöpfungsübergreifende Kundenlösungen auszeichnen wird.

UNSERE MISSION: WIR KÜMMERN UNS, DASS ENERGIE EINFACH FUNKTIONIERT

Im Rahmen unserer Mission „Wir kümmern uns, dass Energie einfach funktioniert“ stehen wir dafür, den Zugang und die Nutzung von komplexen Produkten und Dienstleistungen für unsere Kunden professionell und einfach zu gestalten. Wir stellen das jeweils passende Angebot bereit – ob bei standardisierten oder individuellen Lösungen.

Fünf zentrale strategische Themen

Die Strategie Mainova 2028 basiert auf fünf zentralen strategischen Themen:

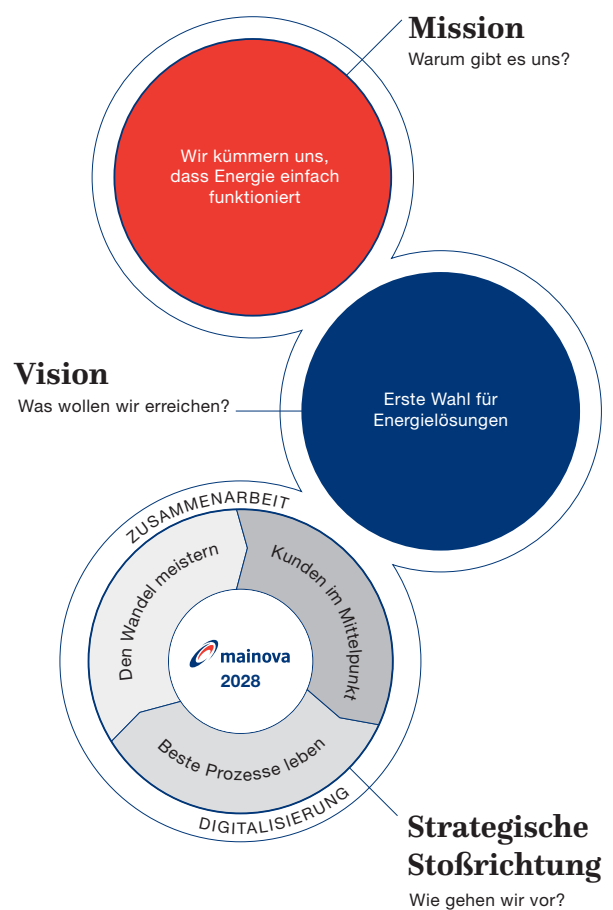
- **Kunden im Mittelpunkt:** Trends wie Digitalisierung und Dezentralisierung haben massive Auswirkungen auf die Energiewirtschaft. Auch die Ansprüche unserer Kunden wachsen merklich. Sie erwarten innovative Lösungen sowie exzellenten Service – schnell und unkompliziert. Diesen Erwartungen wollen wir durch einen konsequenten Kundenfokus bei all unseren Aktivitäten gerecht werden.
- **Beste Prozesse leben:** Das Nachfrageverhalten unserer Kunden verändert sich immer schneller und erfordert eine hohe Adaptionsgeschwindigkeit und Flexibilität. Diese müssen durch unsere Prozesse und Strukturen ermöglicht werden. Aus diesem Grund werden wir unsere gesamten Prozesse konsequent aus Kundensicht betrachten. Unser Ziel sind exzellente Prozesse in allen Bereichen unseres Unternehmens.
- **Den Wandel meistern:** Unsere Mitarbeiter sind der Schlüssel zum Erfolg. Um unsere Vision zu erreichen, müssen wir sie durch gezielte Personalentwicklung und den notwendigen Wissenstransfer befähigen, Herausforderungen wie Digitalisierung und die Konsequenzen des demografischen Wandels zu meistern. Durch eine strategische Personal- und Nachfolgeplanung müssen wir frühzeitig ermitteln, wie wir spezifisches Wissen ausscheidender Mitarbeiter im Unternehmen erhalten können und welche Kompetenzen wir zukünftig benötigen werden.

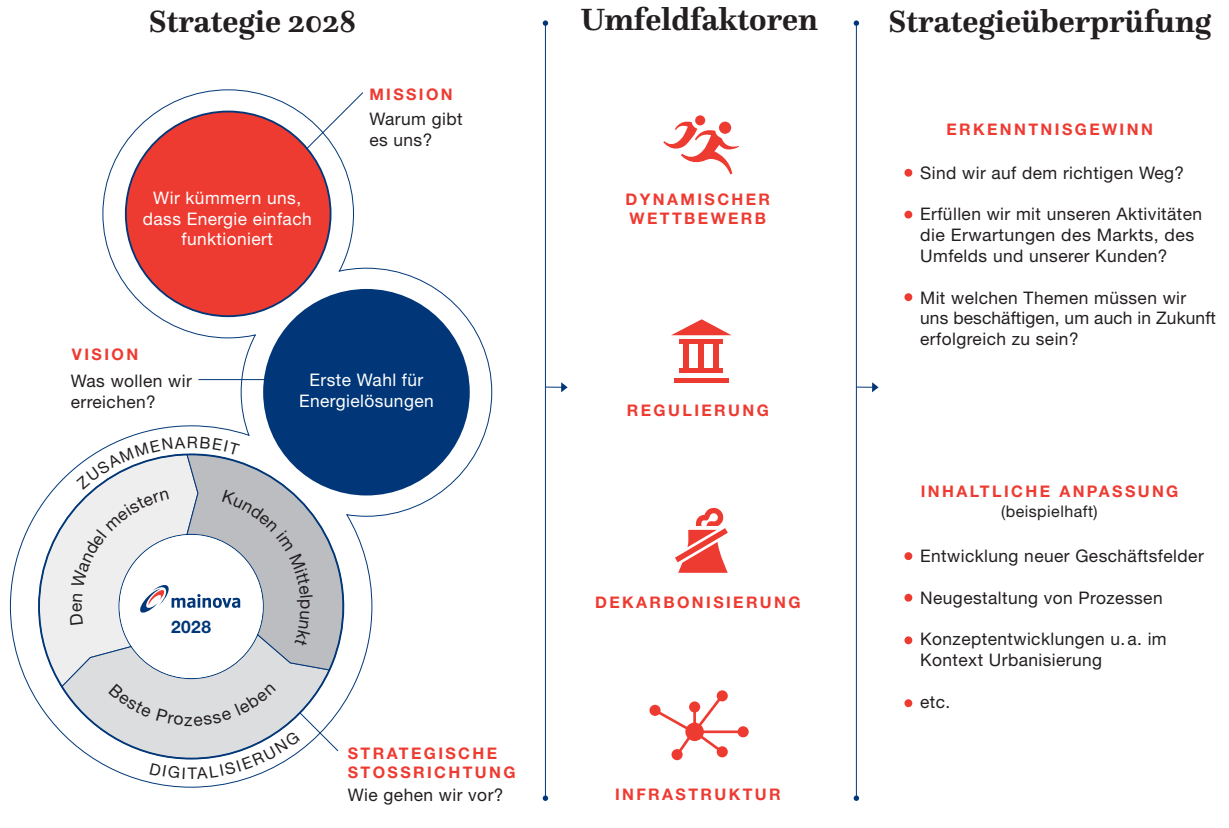
Die Infrastruktur, die wir im Rhein-Main-Gebiet zum Zwecke der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung betreiben, muss sich der steigenden Bevölkerung und der Stadtentwicklung anpassen. Insbesondere die Dimensionierung der künftigen Strom- und Wärmenetze sowie die Einbindung neuer Technologien für Strom- und Wärmeerzeugung benötigen intensive Planungen und weichenstellende Entscheidungen.

- **Digitalisierung:** Die Vernetzung von Daten, Technik und Menschen bietet uns neue unternehmerische Möglichkeiten. Wir haben uns vorgenommen, zu einem digitalen Vorreiter der Energieversorgung zu werden. Dies wollen wir mit neuen Marktlösungen und neuen Formen der Kundeninteraktion sowie mit einer höheren Effektivität und Effizienz durch digital unterstützte Prozesse erreichen.
- **Zusammenarbeit:** Damit wir schneller auf die Anforderungen unserer Kunden reagieren können und unsere Lösungen zeitnah angeboten werden, müssen wir stärker bereichsübergreifend zusammenarbeiten. Dies verlangt von den Mitarbeitern von Beginn an Teamarbeit, eine übergeordnete Sicht auf die Prozesse und die gemeinsame Übernahme von Verantwortung.

STRATEGIE MAINOVA 2028

2





Der strategische Review 2019

Die regelmäßige Überprüfung der wesentlichen Inhalte, Konzepte und Ziele sowie die Anpassung, beispielsweise an Veränderungen des Markts und der Kundenerwartungen, ist fester Bestandteil unseres Strategieprozesses. Im Rahmen der diesjährigen Überprüfung haben wir eine detaillierte Analyse unserer Umfeldfaktoren durchgeführt und daraus entsprechende Handlungsmaßnahmen abgeleitet.

ANALYSE DER UMFELDFAKTOREN

Bei der Analyse unserer wesentlichen Geschäftsfelder und regionalen Besonderheiten, wie insbesondere der stark wachsenden Stadt Frankfurt, wurden folgende wesentliche Marktentwicklungen identifiziert:

Dynamischer Wettbewerb

- Sinkende Margen im Commodity-Geschäft
- Komplexe Anforderungen an energienahe Dienstleistungen

- Neue digitale Geschäftsmodelle beeinflussen etablierte Rollen
- Nutzung des intelligenten Messwesens für innovative Produktlösungen

Regulierung

- Sinkende Kapitalmarktrenditen beeinflussen das Renditeniveau im Netzbereich
- Pflichtrollout der Smart Meter

De karbonisierung

- Begrenzte Laufzeit der Steinkohle-Blöcke aufgrund des Kohleausstiegs
- Großteil der wegfallenden Stromerzeugung muss durch Photovoltaik und Windenergie abgedeckt werden
- Sukzessive Ablösung von erdgasbasierten, dezentralen Lösungen bietet Chance für rentables Wachstum mit Fernwärme

Infrastruktur

- Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum erfordern Anpassungen der Infrastruktur (Netze und Erzeugung)
- Erhöhter Bedarf nach Ladeinfrastruktur und Mobilitätskonzepten
- Infrastrukturleistungen für die Smart City bieten die Chance, Synergien aus dem Netzgeschäft heraus zu erschließen

ANPASSUNG UNSERER STRATEGISCHEN ZIELE UND PROJEKTE

Auf Basis unserer Analyse der Umfeldfaktoren haben wir die Konsequenzen und Handlungsbedarfe für unser Unternehmen konkretisiert. Hierzu gehören beispielsweise die Weiterentwicklung digitaler Geschäftsmodelle im B2C Vertrieb, der Ausbau unseres Angebots im Rahmen von Quartierslösungen sowie die konsequente Weiterentwicklung der Ladeinfrastruktur. Besonderen Bedarf sehen wir in der aktiven Positionierung unseres Unternehmens als Partner der Stadt Frankfurt bei den Herausforderungen, die unter dem Begriff Smart City subsumiert werden. Weitere konkrete Ziele unseres Unternehmens sind:

- Steigender Energiebedarf der Stadt Frankfurt ist in Kombination mit den Herausforderungen auf Basis der Dekarbonisierung in Erzeugung und Netz umzusetzen
- Forcierung der Entwicklung von neuen Energielösungen
- Erschließung der Markt- und Optimierungsmöglichkeiten durch intelligentes Messwesen
- Konsequente Steigerung von Prozesseffizienz und -qualität

Insgesamt lässt sich festhalten, dass unsere grundsätzliche strategische Ausrichtung – repräsentiert durch Vision, Mission und Stoßrichtungen – nach wie vor valide und der richtige Weg in die Zukunft ist. Mit der Fokussierung unserer Strategie werden wir dem dynamischer werdenden Umfeld gerecht. Entsprechend werden wir auch im Jahr 2020 einen strategischen Review durchführen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse konsequent in unserer Strategie verankern.

Nachhaltigkeit

Als Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge gehört es zu unserem Selbstverständnis, unserer Verantwortung für Frankfurt und die Region Rhein-Main gerecht zu werden.

Unser Verständnis von Nachhaltigkeit wird in den folgenden fünf Dimensionen abgebildet:

1. Langfristiger Erfolg umfasst die ökonomische Komponente der Nachhaltigkeit und ist die Grundvoraussetzung für soziales und ökologisches Engagement.

2. Leistungsfähige Technik beschreibt die langfristigen Investitionen in eine zuverlässige, umweltschonende und effiziente Energieversorgung.

3. Zukunftsfähige Versorgung bedeutet, als Partner der Kunden mit eigenen Produkten und Dienstleistungen ökologische Verantwortung zu übernehmen.

4. Faire Partnerschaft spricht die soziale Dimension an und umfasst den fairen, partnerschaftlichen Umgang mit Kunden, Lieferanten und Mitarbeitern.

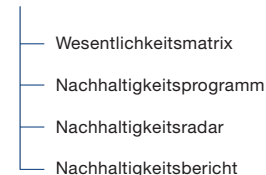
5. Regionale Verantwortung ist im Selbstverständnis der Mainova fest verankert. Unser gesellschaftliches Engagement ist hier ein wesentlicher Baustein.

Zur Ableitung von konkreten Handlungsfeldern und deren Überwachung haben wir ein Nachhaltigkeitsmanagement etabliert, das aus folgenden wesentlichen Komponenten besteht:

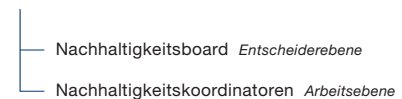
NACHHALTIGKEITSMANAGEMENT

4

Nachhaltigkeitsinstrumente



Nachhaltigkeitsgremien



Die Kernthemen unserer 2019 gemeinsam mit unseren Anspruchsgruppen aktualisierten Wesentlichkeitsmatrix entwickeln wir zu konkreten Zielen und Maßnahmen in unserem Nachhaltigkeitsprogramm weiter. Im Nachhaltigkeitsradar wird jährlich die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen kritisch analysiert. Im jährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht dokumentieren und veröffentlichen wir alle Aktivitäten und Kennzahlen.

Das Nachhaltigkeitsboard fungiert als zentrales Entscheidungsgremium für wesentliche Nachhaltigkeitsthemen. Die Nachhaltigkeitskoordinatoren stellen auf Arbeitsebene das Bindeglied zu den einzelnen Fachbereichen dar.

Mainova mit dem Deutschen Solarpreis ausgezeichnet

Mainova bildet CSR-Berichtspflicht im Nachhaltigkeitsbericht 2019 ab.

Auch die Mainova AG unterliegt gemäß dem Corporate-Social-Responsibility-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (CSR-RL-UG) als kapitalmarktorientiertes Unternehmen der CSR-Berichtspflicht. Aus diesem Grund ist ein nichtfinanzieller Bericht zu Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen, Menschenrechten und Korruptionsbekämpfung abzugeben. Wir kommen der erweiterten Berichtspflicht in Form eines zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Berichts der Mainova AG und des Konzerns in Form einer Ergänzung innerhalb des gesonderten Nachhaltigkeitsberichts nach.

Gemäß § 171 Abs. 1 Satz 4 Aktiengesetz (AktG) hat der Mainova-Aufsichtsrat den nichtfinanziellen Bericht im Hinblick auf dessen Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Um seiner Prüfungspflicht zu genügen, hat der Aufsichtsrat für eine betriebswirtschaftliche Prüfung nach dem International Standard on Assurance Engagements 3000 (ISAE 3000 Revised) zur Erlangung einer begrenzten Sicherheit („limited assurance“) die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH (PwC) beauftragt. Das Ergebnis dieser Prüfung hat PwC abschließend in einem Prüfvermerk zusammengefasst, der dem Nachhaltigkeitsbericht 2019 auf den Seiten 49 und 50 beigefügt ist.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2019, der den nichtfinanziellen Bericht der Mainova AG und des Konzerns nach § 289b und § 315b HGB für das Geschäftsjahr 2019 enthält und ab dem 30. April 2020 im Internet unter www.mainova.de/de/nachhaltigkeitsbericht abrufbar ist. Der Nachhaltigkeitsbericht ist nicht Bestandteil des Lageberichts.

„Hop-On“ als nachhaltige Mobilitätslösung

Marktinnovationen

Zur Umsetzung unserer strategischen Vision „Erste Wahl für Energielösungen“ bieten wir innovative Kundenlösungen und Dienstleistungen an. Mit unseren zahlreichen dezentralen und klimaschonenden Energieversorgungslösungen in den Bereichen Strom und Wärme, E-Lade- und Mobilitätslösungen, Quartierskonzepten sowie Smart City-Anwendungen gestalten wir mit unseren Kunden gemeinsam eine nachhaltige Energiezukunft.

Ein Beispiel hierfür ist unser Mieterstrommodell, bei dem wir Bewohner direkt mit lokaler, regenerativ erzeugter Energie innerhalb des Wohnhauses versorgen. Mit dieser innovativen Lösung nehmen wir nicht nur eine Vorreiterrolle in Frankfurt ein, sondern zählen inzwischen auch zu den Marktführern in Deutschland. Hierfür wurden wir dieses Jahr mit dem Deutschen Solarpreis ausgezeichnet. Zudem wurde die Vermarktung von PV-Speicher-Kombinationen als Angebot für Privatkunden forciert. Hiermit bieten wir Besitzern von Einfamilienhäusern die Möglichkeit, aktiv an der Energiewende zu partizipieren und ihren eigenen Beitrag leisten zu können.

Der technologische Fortschritt, die Digitalisierung sowie die Kundenbedürfnisse verändern die Energiewelt nicht nur im Bereich der klimaschonenden, dezentralen Energieerzeugung. So erschließen sich für uns auch weitere Wachstumsmärkte im Bereich Elektromobilität und Carsharing.

Als ein Vorreiter in Sachen Elektromobilität in Frankfurt und der Region haben wir uns schon frühzeitig um kundengerechte Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge in Frankfurt und der Region gekümmert. Mit unseren Charge-Kits bieten wir eichrechtskonforme Ladelösungen sowohl im öffentlichen, halböffentlichen und privaten Bereich, die unsere Kunden bequem per App nutzen können. Durch die Einführung des Charge-Kit-Home wurde das Lösungsspektrum um eine private Ladelösung für Besitzer von Einfamilienhäusern erweitert.

Ergänzend zur passenden Lademöglichkeit haben wir zusammen mit dem Carsharing-Anbieter book-n-drive eine nachhaltige Mobilitätslösung entwickelt. Ausgehend von dem Megatrend „Sharing“ und dem Wunsch der Kunden, zunehmend emissionsfreie Fahrzeugtechnologien zu nutzen, wurde gleichermaßen das sich immer stärker ändernde Mobilitätsverhalten berücksichtigt. Immer weniger Menschen, insbesondere im urbanen Raum, möchten ein eigenes Auto besitzen, im Gegenzug aber flexible und unkomplizierte Mobilitätsangebote nutzen. Unser eCarsharing-Modell „Hop-On“ greift

all diese Punkte auf. „Hop-On“ bietet Unternehmen und Kommunen die Möglichkeit, Elektrofahrzeuge im dienstlichen Betrieb zu nutzen. Darüber hinaus können die Fahrzeuge mit weiteren Personengruppen geteilt werden, wie beispielsweise mit Mitarbeitern, Anwohnern und Kunden. Somit entsteht ein sinnvoller Mehrfachnutzen für das Elektrofahrzeug. Neben positiven Kosteneffekten profitieren Bürger zusätzlich von einem besseren Mobilitätsangebot, weniger Fahrzeugen auf den Straßen und einer besseren Luft in den Großstädten. Durch die intelligente Verbindung mit unseren bestehenden Lösungen, wie Mainova-Solaranlagen, Ökostromtarife, E-Ladeinfrastruktur und Mobilitätsberatung ergibt sich hieraus ein zukunftsorientiertes Gesamtangebot für den Kunden.

Neben der Erweiterung bestehender Geschäftsmodelle und der Einführung neuer Produktlösungen gewinnen integrale sektorübergreifende Quartierskonzepte immer stärker an Bedeutung. Die Kopplung von Strom, Wärme und Mobilitätslösungen stellt einen wichtigen Baustein im Bereich der Energieeffizienz und nachhaltiger lokaler Energieerzeugung und -nutzung dar. Gemeinsam mit unseren starken Partnern aus der Wohnungswirtschaft gestalten wir so Energie- und Mobilitätskonzepte für die Quartiere von morgen.

Lösungsanbieter
für Smart City-
Anwendungen

Ebenfalls ergeben sich aus der zunehmenden Nachfrage nach intelligenter Vernetzung neue Geschäftsfelder. Als Infrastrukturbetreiber haben wir die Möglichkeit, uns als Lösungsanbieter für sogenannte Smart City-Anwendungen in Frankfurt zu positionieren. Der Aufbau einer neuen Funkinfrastruktur mit entsprechender Sensorik bildet dabei die Grundlage für urbane und datengetriebene Geschäftsmodelle. Diese bieten uns neue Möglichkeiten zur Erweiterung des Serviceangebotes. Beispielhaft reichen die Anwendungsfälle von der ständigen Überwachung der Strom-, Gas-, Wärme- und Wassernetze über die Erfassung von Umweltdaten bis hin zu einer optimierten Abfallentsorgung. Die Sensoren können ebenfalls in Quartierskonzepten eingesetzt werden und dort das Angebot für Bewohner und Eigentümer ausbauen.

Mit Blick auf die Bedürfnisse unserer Kunden arbeiten wir stetig weiter an zukunftsorientierten Lösungen. Wir wollen es unseren Kunden auch in Zukunft leicht machen, sich für unsere Lösungen zu entscheiden. Wir inspirieren sie mit innovativen Möglichkeiten und bieten ihnen transparente Vorteile. So wollen wir gemeinsam mit unseren Kunden eine nachhaltige Energiezukunft für Frankfurt, das Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus schaffen.

Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Zur Erreichung unserer strategischen und operativen Ziele ziehen wir konkrete Steuerungsgrößen heran, um den Erfolg unserer Maßnahmen zu messen. Die Basis bildet ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, das die rollierende Mittelfristplanung, regelmäßige Forecasts und die monatliche Berichterstattung über die Zielerreichung vereint. Durch diesen Prozess erhalten wir frühzeitig Hinweise auf die Geschäftsentwicklung und können angemessen agieren. Ein weiterer Bestandteil des Steuerungssystems ist die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Unsere wesentlichen Steuerungsgrößen sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, die auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind. Bezüglich der Leistungsindikatoren verweisen wir auf die Ausführungen im nachfolgenden Wirtschaftsbericht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentrale finanzielle Steuerungskennzahl ist das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT), das im Konzernabschluss nach IFRS um Effekte aus der Derivatebewertung bereinigt wird. Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird das EBT für die Segmente Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Erzeugung und Fernwärme, Erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen sowie Beteiligungen analysiert und mit den Verantwortlichen in einem regelmäßigen Turnus diskutiert. Ergänzend wird nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Vertrieb und Netz differenziert. Über die Ergebnisse dieser Gespräche wird der Vorstand durch die monatliche Berichterstattung informiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz stellen die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit unsere bedeutenden nicht-finanziellen Leistungsindikatoren dar und werden durch regelmäßige Erhebungen ermittelt.

WIRTSCHAFTSBERICHT

Rahmenbedingungen

Zahlreiche externe Einflussfaktoren wirken sich auf unseren Geschäftsverlauf aus. Bedeutsam für unsere Unternehmensentwicklung sind dabei die Änderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung der Konjunktur, der Energiepreise und der Witterung.

Energiepolitik

Auf europäischer und nationaler Ebene haben sich im Jahr 2019 folgende energiepolitische Neuerungen ergeben:

EU VERABSCHIEDET STROMMARKTRICHTLINIE UND STROMMARKTVERORDNUNG

Nach der Zustimmung aller EU-Institutionen sind im Juni 2019 die vier verbleibenden Dossiers des Legislativpakets „Saubere Energie für alle Europäer“ (Winterpaket) in Kraft getreten. Verabschiedet wurden eine Richtlinie und eine Verordnung im Hinblick auf eine stärker vernetzte, flexiblere und verbraucherfreundlichere Gestaltung des Elektrizitätsmarkts. Die Verordnung ist unmittelbar geltendes Recht und ab 1. Januar 2020 anzuwenden, die Richtlinie muss noch in deutsches Recht umgesetzt werden.

Die Strommarktverordnung legt vor allem Bedingungen für die Einrichtung von Kapazitätsmechanismen durch die Mitgliedstaaten fest. Künftig soll für Kraftwerke, die an Kapazitätsmechanismen teilnehmen, eine Emissionsobergrenze von 550 Gramm CO₂ aus fossilen Brennstoffen pro Kilowattstunde Strom gelten. Neue Kraftwerke, die mehr emittieren, sollen sich nicht an Kapazitätsmechanismen beteiligen dürfen. Für bestehende Kraftwerke gilt dies ab dem Jahr 2025.

Durch die Strommarktrichtlinie wird auch der rechtliche Rahmen für Netzbetreiber angepasst. Unter anderem werden die Gründung einer europäischen Organisation der Verteilnetzbetreiber festgelegt, Verbraucherrechte gestärkt und Rollen sowie Verantwortlichkeiten der Marktteilnehmer definiert.

Mainova befürwortet
CO₂-Bepreisung
auch für die Sektoren
Wärme und Verkehr.

BRENNSTOFFEMISSIONSHANDELSGESETZ IM BUNDESTAG BESCHLOSSEN

Mit dem Mitte November 2019 vom Bundestag verabschiedeten Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) wird ein nationales Emissionshandelssystem für jene Sektoren eingeführt, die nicht bereits dem europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) unterliegen. Ziel ist es, fossile Brennstoffe im Verkehrs- und Wärmebereich (Non-ETS-Sektoren) schrittweise zu verteuern und so den Umstieg auf CO₂-ärmere Alternativen anzureizen. Zur Teilnahme am nationalen Emissionshandelssystem werden die Inverkehrbringer beziehungsweise Lieferanten der Brenn- und Kraftstoffe verpflichtet. Sie müssen Zertifikate entsprechend der verkauften Mengen an Brennstoff des jeweiligen Jahres erwerben.

Der Gesetzentwurf sah einen Einstiegspreis von 10 Euro pro Tonne CO₂ im Jahr 2021 sowie eine schrittweise Erhöhung auf 35 Euro bis zum Jahr 2025 vor. Dieser Entwurf hat den Bundesrat Ende November passiert. Mitte Dezember hat sich jedoch der Vermittlungsausschuss aus Vertretern von Bundestag und Bundesrat darauf verständigt, den ursprünglich vorgesehenen Einstiegspreis im Jahr 2021 auf 25 Euro zu erhöhen. Bis zum Jahr 2025 soll der Preis pro Tonne CO₂ nun schrittweise auf 55 Euro ansteigen. Anschließend sollen die Zertifikate innerhalb eines staatlich festgelegten Preiskorridors von 55 bis 65 Euro pro Tonne versteigert werden. Um diese Änderungen umzusetzen, muss das am 20. Dezember 2019 in Kraft getretene BEHG novelliert werden. Hierzu soll die Bundesregierung bis zum Frühjahr 2020 einen Gesetzentwurf vorlegen.

Mainova ist als Endkundenlieferant von Erdgas zur Teilnahme am Emissionshandel verpflichtet. Kohle- und Gaskraftwerke, die bereits am europäischen Emissionshandelssystem teilnehmen, sind ebenfalls vom nationalen Emissionshandelssystem betroffen. Im BEHG ist allerdings geregelt, dass eine Befreiung beziehungsweise Kompensation für diese Anlagen im Jahr 2020 im Rahmen einer Verordnung geregelt werden soll, ehe das nationale Emissionshandelssystem ab dem Jahr 2021 Anwendung findet.

Grundsätzlich befürworten wir eine CO₂-Bepreisung auch für die Sektoren Wärme und Verkehr. Andererseits sind die staatlich festgelegten Preiskorridore nicht mit dem europäischen Emissionszertifikatehandel ETS synchronisiert. Obwohl der nationale Einstiegspreis mit 25 Euro pro Tonne CO₂ im Jahr 2021 vorerst auf einem ähnlichen Niveau wie der EU-ETS-Preis liegen wird, wird es daher unterschiedliche Preismodelle für die verschiedenen Sektoren geben.

BUNDESTAG VERABSCHIEDET KLIMASCHUTZGESETZ

Das im Oktober 2019 vom Bundeskabinett verabschiedete Klimaschutzgesetz schreibt jährliche CO₂-Budgets für die einzelnen Sektoren vor. Mitte November hat der Bundestag das Gesetz mit der Änderung beschlossen, dass eine Verschiebung der CO₂-Budgets zwischen den einzelnen Sektoren stets der Zustimmung des Bundestags bedarf. In der vom Bundeskabinett beschlossenen Fassung war vorgesehen, dass die Bundesregierung die erlaubten CO₂-Mengen eigenständig hätte verändern können. Dies hätte dazu führen können, dass die CO₂-Minderungsziele der Energiewirtschaft bei Zielverfehlung anderer Sektoren noch weiter verschärft werden. Das Gesetz ist am 18. Dezember 2019 in Kraft getreten.

Wir begrüßen, dass der Gesetzentwurf das Erreichen der Klimaziele sektorenscharf adressiert. Dadurch werden neben der Energiewirtschaft auch die anderen Sektoren in die Pflicht zur Erreichung der Klimaziele genommen. Ebenfalls positiv hervorzuheben ist die durch den Bundestag beschlossene Änderung, eine mögliche Übertragung der CO₂-Budgets zwischen den Sektoren von seiner Zustimmung abhängig zu machen. Dies dürfte die Gefahr kurzfristiger weiterer Zielverschärfungen für die Energiewirtschaft zumindest reduzieren.

BUNDESKABINETT BESCHLIESST GEBÄUDEENERGIEGESETZ

Das Bundeskabinett hat im Oktober 2019 den Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen. Mit dem neuen Gesetz sollen die Regelungen des Energieeinsparungsgesetzes (EnEG), der Energiesparverordnung (EnEV) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) zusammengeführt werden. Der Gesetzentwurf sieht bis zum Jahr 2030 keine generelle Umstellung bei der Berechnungsmethode des Primärenergiefaktors vor. Allerdings wird für den Primärenergiefaktor der Fernwärme ein Mindestwert von 0,3 eingeführt. Der Gesetzentwurf wird voraussichtlich im ersten Quartal 2020 im Bundestag beschlossen.

Aus unserer Sicht ist die Beibehaltung der Stromgutschriftmethode bis zum Jahr 2030 mit einer unteren Kappungsgrenze von 0,3 positiv hervorzuheben. Die im Gesetzgebungsprozess zwischenzeitlich geplante Umstellung der Berechnungsmethode hätte die Wettbewerbsfähigkeit der Mainova-Fernwärme gefährdet.

BUNDEJUSTIZMINISTERIUM LEGT ENTWURF DES GESETZES FÜR FAIRE VERBRAUCHERVERTRÄGE VOR

Das Bundesjustizministerium hat Mitte August 2019 den Referentenentwurf für ein „Gesetz für faire Verbraucherverträge“ vorgelegt. Dieser sieht vor, dass Verträge nur noch mit einer maximalen Laufzeit von einem Jahr abgeschlossen werden dürfen. Bisher galt eine Höchstgrenze von zwei Jahren. Zudem dürfen sich Verträge automatisch nur noch um drei Monate und nicht mehr wie bisher um ein Jahr verlängern. Die Obergrenze für die Kündigungsfrist von Verträgen reduziert sich von bisher drei Monaten auf einen Monat. Telefonisch abgeschlossene Verträge werden zukünftig erst nach schriftlicher Genehmigung durch den Kunden wirksam. Bei Telefonakquisition muss die Einwilligung des Verbrauchers künftig dokumentiert und für fünf Jahre aufbewahrt werden.

NABEG-NOVELLE IN KRAFT GETRETEN

Mitte Mai 2019 ist das Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus („NABEG 2.0“) in Kraft getreten. Eine Ausnahme gilt für die neuen Vorgaben zum Redispatch, die erst ab Oktober 2021 Gültigkeit erlangen werden.

Wesentliche gesetzliche Änderungen zielen auf die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Neubau, Verstärkung und Optimierung von Stromleitungen ab. Darüber hinaus enthält das Gesetz Bestimmungen, die ein effizienteres Netzengpassmanagement ermöglichen sollen. Konkret sollen die erneuerbaren Anlagen und die Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen stärker als bisher zum Redispatch herangezogen werden.

Konjunkturelle Entwicklung

Ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zufolge hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2019 um 0,6% erhöht. Damit verzeichnet die deutsche Wirtschaft im zehnten Jahr in Folge ein Wachstum, was die längste Wachstumsphase im vereinten Deutschland darstellt. Dennoch hat das Wachstum 2019 an Schwung verloren. Im Jahr 2017 stieg das preisbereinigte BIP noch um 2,5% und 2018 um 1,5% an. Das durchschnittliche Wachstum der vergangenen zehn Jahre liegt bei 1,3%.

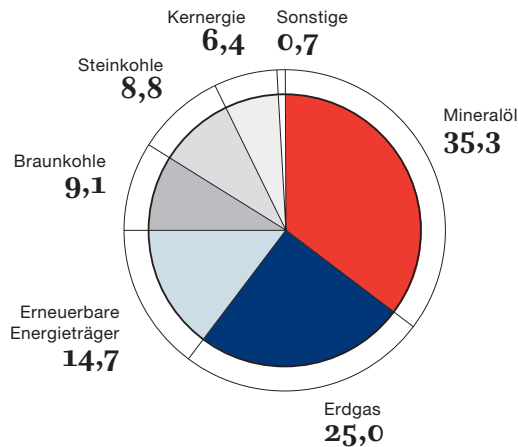
Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Auf der Basis vorläufiger Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen verringerte sich der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2019 gesamthaft um 2,3% auf 437,3 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten, eine Maßeinheit für den Vergleich des Energiegehalts von Primärenergieträgern. Zurückzuführen war diese Entwicklung vor allem auf eine verbesserte Energieeffizienz, Substitutionen im Energiemix sowie eine abgeschwächte Konjunktur.

Mainova begrüßt sektorenscharfe Adressierung der Klimaziele.

Der Primärenergieverbrauch verteilt sich in Deutschland im Jahr 2019 wie folgt:

PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH IN DEUTSCHLAND IN % 5



Quelle: Pressedienst Nr. 08/2019 der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Berlin

Im nationalen Energiemix entfallen etwa 60 % auf Öl und Gas. Wichtigster Energieträger blieb dabei weiterhin das Mineralöl, dessen Anteil um 1,4 Prozentpunkte auf 35,3 % anstieg. Der Anteil von Erdgas erhöhte sich ebenfalls um 1,4 Prozentpunkte. Stein- und Braunkohle deckten zusammen etwa 18 % des Verbrauchs, wobei ihre Anteile jedoch um 2,1 beziehungsweise 2,2 Prozentpunkte sanken. Erneuerbare Energieträger verzeichneten einen Anstieg um 0,9 Prozentpunkte auf 14,7 %.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

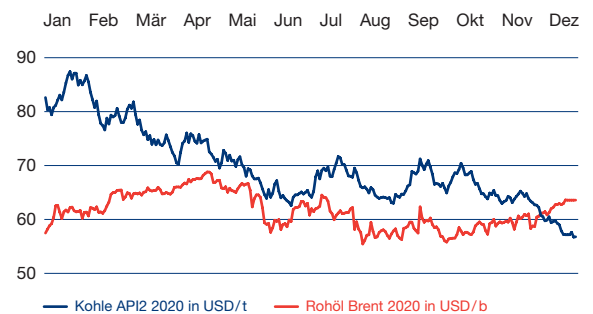
Die Frontjahresnotierungen für Strom und die Brennstoffe Rohöl, Gas und Kohle sowie für Emissionsrechte haben sich im vergangenen Jahr unterschiedlich entwickelt. Während deutlich zum Vorjahr gestiegene Preise für Europäische Emissionsrechte (EUAs) nach Abschluss und Inkrafttreten signifikanter Marktformen die Strompreise verteuerten, verloren Erdgas und Kohle in einem zeitweise stark übersorgten Marktumfeld deutlich an Wert. Fallende Gaspreise in den milden und nachfrageschwachen Wintermonaten sowie erhöhte Flüssigerdgaslieferungen (LNG) nach Europa lösten in Verbindung mit höheren CO₂-Preisen im Erzeugungssektor einen signifikanten Brennstoffwechsel von Kohle zu Erdgas aus. Die Kohlepreise zeigten sich ent-

sprechend geringer Nachfrage und hohen Beständen in europäischen Häfen mit Preisrücksetzern, während der Ölpreis sich auf einem Preisniveau über 60 US-Dollar pro Barrel stabilisieren konnte. Der durchschnittliche **Kohlepreis** in der ARA (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen)-Region (API2) sank gegenüber dem Vorjahr um 20 % auf 69,51 US-Dollar pro Tonne. Aufgrund eines höheren Euro-Dollar-Wechselkurses betrug der Preisrückgang auf Eurobasis lediglich 16 %. Ein milder Winter in Europa und geringer Kühlbedarf im Sommer in Asien führten zu Beginn der Wintersaison zu einem Mehrjahreshoch der europäischen Lagerbestände. Weiterhin verminderten der wachsende Anteil erneuerbarer Energien sowie ein durch günstige Gaspreise und steigende CO₂-Preise zunehmender Brennstoffwechsel zu Erdgas den Bedarf an Kraftwerkskohle.

Der durchschnittliche Preis für **Rohöl** der Sorte Brent lag mit 61,16 US-Dollar pro Barrel 11 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Im Jahresverlauf stieg der Preis nach schwachem Jahresbeginn 2019 von 57 US-Dollar um 12 % auf 64 US-Dollar pro Barrel. Stützend wirkte eine im Dezember 2019 verlängerte und verschärfte Förderkürzung von OPEC und Russland. Die von den Produzenten konsequent umgesetzte Angebotsdrosselung bei robuster Verbrauchsentwicklung sowie nachlassendes Produktionswachstum in den USA bewirkten eine Etablierung des Preises über 60 US-Dollar pro Barrel. Der ungelöste Konflikt um das iranische Atomprogramm und eine im September 2019 durch Anschläge deutlich reduzierte Ölproduktion Saudi-Arabiens ließ die Preise zwischenzeitlich auf über 68 US-Dollar pro Barrel steigen.

PREISENTWICKLUNG KOHLE UND ROHÖL 2019 6

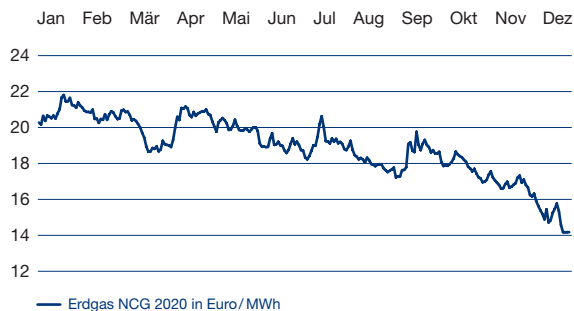
Kohle- und Rohölpreise in USD pro Tonne bzw. Barrel



Der durchschnittliche **Erdgaspreis** im Marktgebiet NCG (NetConnect Germany) für das Frontjahr verlor durchschnittlich um 10 % an Wert und belief sich auf 18,80 Euro pro Megawattstunde (MWh). Seit Jahresbeginn fiel der Preis bis Ende Dezember 2019 von 20,14 Euro auf ein Preisniveau von 14,06 Euro pro MWh, nachdem längere Kälteperioden im Winter ausblieben und der Energiebedarf im Sommer zur Kühlung in Europa und Asien nur moderat ausfiel. Ein in den Jahren 2018 und 2019 deutlich gewachsenes Angebot an LNG am Weltmarkt bei geringem Verbrauchswachstum in Asien führte zu einer Verdreifachung europäischer Erdgas-einspeisungen aus LNG-Importterminals. Der schwache Verbrauch in Verbindung mit dem hohen LNG-Zufluss führte im vierten Quartal 2019 zu vollen Gasspeichern und einem Verfall der Spot- und Winterterminpreise.

PREISENTWICKLUNG GAS 2019

Gaspreis in Euro pro MWh



Die Preise für **Emissionsrechte** (EU-Allowances – EUA) verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr um 57 % von durchschnittlich 16,09 Euro pro Tonne auf 25,19 Euro pro Tonne. Ausgelöst wurde der deutliche Preisanstieg hauptsächlich von den im Frühjahr 2018 formal finalisierten Reformplänen betreffend das Europäische Emissionshandels-system. Die Beschlüsse sehen einen signifikanten Abbau des bestehenden Angebotsüberschusses in den nächsten Jahren vor. Die damit bei vielen Marktteilnehmern verbundene Erwartung langfristig steigender Emissionshandelspreise sowie flankierende nationale und europäische Debatten zu verschärften Klimaschutzziele haben sich trendverstärkend auf die Preisentwicklung ausgewirkt. Die deutliche Verteuerung der Zertifikate führte neben niedrigen Spot-Gaspreisen im Jahresverlauf zu einem Wechsel in der Stromerzeugung von Kohle zu Gas.

PREISENTWICKLUNG CO₂-EMISSIONSRECHTE 2019

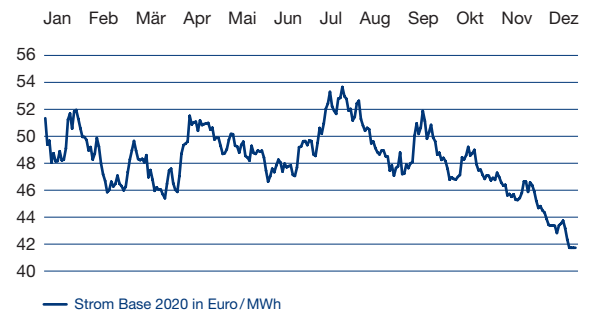
Preis der CO₂-Emissionsrechte in Euro pro Tonne



Eng angelehnt an den Verlauf der Brennstoff- und Emissions-handelspreise zeigte sich der Preis für **Grundlaststrom**. Im Vergleich zum Vorjahr legte der Frontjahreskontrakt 9 % auf durchschnittlich 48,16 Euro pro MWh zu. Nach einem Tief Ende März 2019 bei 45,24 Euro pro MWh infolge stark fallender Gas- und Kohlepreise nach einem mildem Winter wirkten sich ab April wieder anziehende Brennstoffpreise und vor allem die deutlich steigenden EUA-Notierungen preis-erhöhend aus und ließen den Kontrakt bis Ende Juni zeitweise auf über 50 Euro pro MWh steigen. Im vierten Quartal 2019 belasteten wieder stark fallende Gas- und Kohlenotierungen den Strompreis, der zum Jahresende 2019 mit 41,58 Euro pro MWh aus dem Handel ging.

PREISENTWICKLUNG STROM 2019

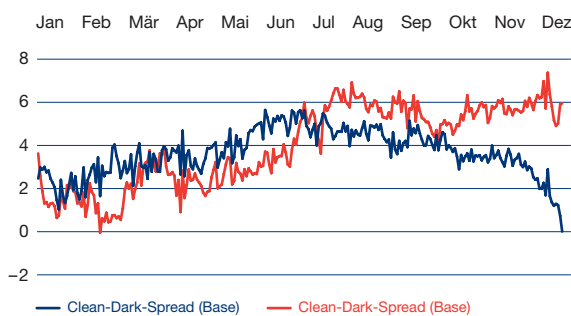
Strompreis in Euro pro MWh



Hohe Investitionen
in Infrastruktur

Die **Deckungsbeiträge** bei der Stromerzeugung (Grundlast) entwickelten sich positiv. Maßgeblich hierfür war bei den Margen für Kohlekraftwerke (Clean-Dark-Spread) für die Grundlast-Vermarktung des Frontjahres ein Rückgang der Kohlepreise bei gleichzeitig steigenden Strompreisen. Allerdings brachen die Kohlemargen im Dezember mit deutlich nachgebenden Strompreisen infolge des schwachen europäischen Fundamentalumfelds bedingt durch die milde Witterung und ein Überangebot an Brennstoffen deutlich ein. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke verbesserten sich deutlich. Steigende Strompreise und der starke Rückgang des Erdgaspreises sowie der im Vergleich zu Kohle geringere Einfluss des stark gestiegenen CO₂-Preises ließen die Margen für Gaskraftwerke (Clean-Spark-Spreads) gegenüber dem Vorjahr deutlich ansteigen.

MARGEN FÜR KOHLE- BZW. GASKRAFTWERKE 2019 10



Geschäftsverlauf des Konzerns

Gesamtaussage des Vorstands

Bereinigtes EBT
in Höhe von
130,4 Mio. Euro

Im Jahr 2019 haben wir ein bereinigtes EBT in Höhe von 130,4 Mio. Euro erzielt und liegen damit wie erwartet leicht unter dem Vorjahr. Dies hängt vor allem mit Einmaleffekten in unserem Beteiligungssegment zusammen.

Der Wettbewerb in unserem Kerngeschäft hat sich weiter verschärft. Davon ist insbesondere der klassische Vertrieb von Strom und Erdgas über alle Kundengruppen betroffen. Zudem haben die Digitalisierung und dezentrale Energiegewinnung dazu beigetragen, dass wir uns weiterhin erfolgreich behaupten konnten. Dazu haben ein konsequenter Kundenfokus bei unseren gesamten Aktivitäten sowie eine faire und marktgerechte Preisgestaltung für unsere Kunden beigetragen. So wurden wir im Jahr 2019 beispielsweise von einem unabhängigen Energieverbraucherportal als „Top-Lokalversorger“ in den Segmenten Strom, Gas, Wasser und Wärme ausgezeichnet. Dieses Gütesiegel erhalten Versorger

mit besonders verbraucherfreundlichen Angeboten und gutem Kundenservice.

Wir haben auch im Jahr 2019 mit 80,3 Mio. Euro hohe Investitionen in den Erhalt, die Ertüchtigung und den Ausbau der Netze und der Erzeugungsinfrastruktur getätigt. Damit reagieren wir auf die infrastrukturellen Herausforderungen insbesondere durch das starke Wachstum der Stadt Frankfurt und der Rhein-Main-Region.

Mit der Umsetzung unserer Unternehmensstrategie Mainova 2028 haben wir uns hinsichtlich der wichtigen Themen, die unser Unternehmen in den zukünftigen Jahren beeinflussen werden, frühzeitig positioniert. Dazu zählt auch die Entwicklung innovativer, zukunftsorientierter und maßgeschneiderter Lösungen und Dienstleistungen für unsere Kunden. Dies umfasst unter anderem dezentrale und klimaschonende Energieversorgungslösungen, Elektromobilitätslösungen, Quartierskonzepte sowie Smart City-Anwendungen. Hervorzuheben ist dabei unser seit Jahren erfolgreiches Mieterstrommodell, das im Jahr 2019 den Deutschen Solarpreis gewonnen hat.

Absatz

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

ABSATZ 11

	Einheit	2019	2018	Veränderung
Strom	Mio. kWh	9.964	9.260	7,6%
Gas	Mio. kWh	16.205	15.080	7,5%
Wärme / Kälte	Mio. kWh	2.046	2.008	1,9%
Wasser	Mio. m ³	48,1	48,1	0,0%

Im Stromvertrieb konnte der Absatz durch Kundengewinne im Standardkundenbereich, hauptsächlich außerhalb unseres Netzgebiets, gesteigert werden. Der Stromhandel lag ebenfalls über dem Vorjahresniveau.

Auch der Anstieg des Gasabsatzes war insbesondere auf ein verbessertes Standardkundengeschäft und einen Anstieg der Handelsmengen zurückzuführen. Gegenläufig wirkten ein geringeres Individualkunden- und Energiepartnergeschäft.

Der gestiegene Wärmeabsatz beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Kundenanschlüssen und einer kälteren Witterung ab dem zweiten Quartal 2019.

Erzeugungsmengen

Im Geschäftsjahr 2019 haben wir in unseren Anlagen folgende Mengen erzeugt:

ERZEUGUNGSMENGEN

12

	Einheit	2019	2018	Veränderung
Mainova				
Wärme / Kälte	Mio. kWh	1.830	1.743	5,0%
Strom	Mio. kWh	1.095	1.041	5,2%
Beteiligungen				
Wärme / Kälte	Mio. kWh	461	487	-5,3%
Strom	Mio. kWh	471	434	8,5%

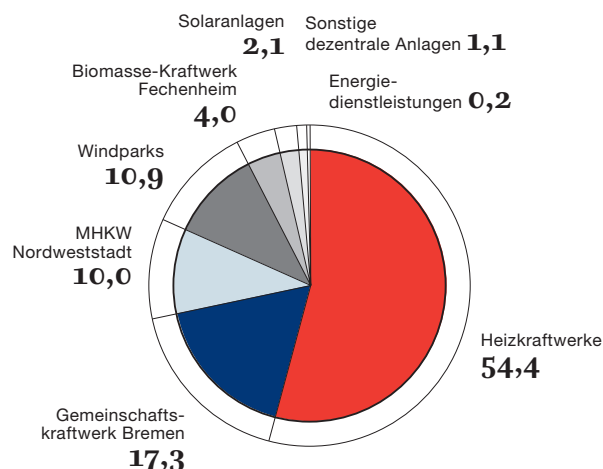
Bei der Mainova ist der Anstieg der erzeugten Wärmemengen im Wesentlichen auf Kundengewinne zurückzuführen. Korrespondierend zu den Wärmemengen haben sich auch die produzierten Strommengen erhöht. Hierzu hat darüber hinaus ein höheres Strompreisniveau beigetragen.

Der Rückgang der Wärmemengen bei den Beteiligungen entfällt auf die Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW) und ist revisionsbedingt. Die Strommengen der Beteiligungen haben sich durch die höhere Produktion des Gemeinschaftskraftwerks Bremen erhöht.

Die folgenden Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärmeezeugung:

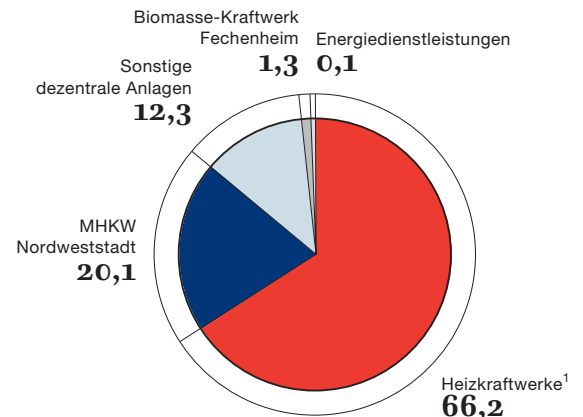
STROMERZEUGUNG IN %

13



WÄRME- / KÄLTEERZEUGUNG

14

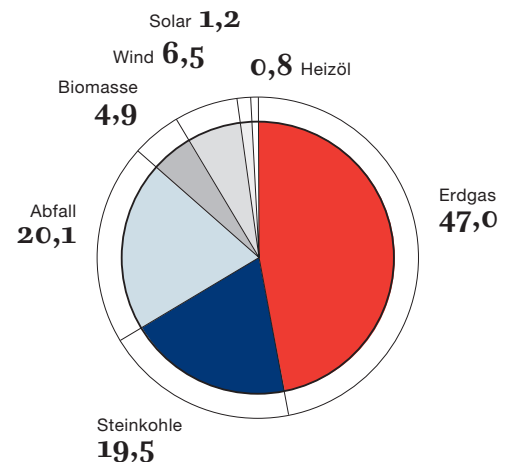


1 Inklusive Heiz-/Kältewerk

Der Energieeinsatz der Kraftwerke im Jahr 2019 stellte sich wie folgt dar:

ENERGIEEINSATZ IN %

15



Der Energieeinsatz hat sich zum Teil von der Steinkohle (Rückgang um 5,6 Prozentpunkte) zum Gas (Anstieg um 9,0 Prozentpunkte) verlagert.

CO₂-Emissionen
unter dem Niveau
des Vorjahres

Die Kohlendioxid-Emissionen unserer Heizkraft- und Heizwerke lagen im Jahr 2019 mit rund 0,9 Mio. Tonnen CO₂ um 0,1 Mio. Tonnen unter dem Niveau des Vorjahres.

Ertragslage des Konzerns

Das EBT des Konzerns lag bei 54,4 Mio. Euro (Vorjahr 155,6 Mio. Euro) und war maßgeblich durch die Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IFRS 9 beeinflusst. Nach Bereinigung um diese Effekte belief sich das EBT auf 130,4 Mio. Euro (Vorjahr 144,3 Mio. Euro).

Das bereinigte EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

BEREINIGTE SEGMENTERGEBNISSE 16

Mio. €	2019	2018	Veränderung
Stromversorgung	9,5	-3,4	12,9
Gasversorgung	45,8	51,8	-6,0
Erzeugung und Fernwärme	32,0	21,5	10,5
Erneuerbare Energien / Energiedienstleistungen	5,3	6,4	-1,1
Wasserversorgung	1,7	5,7	-4,0
Beteiligungen	47,4	72,3	-24,9
Sonstige Aktivitäten / Konsolidierung	-11,3	-10,0	-1,3
	130,4	144,3	-13,9

In der Stromversorgung konnte wie geplant ein deutlicher Ergebniszuwachs erzielt werden. Verantwortlich hierfür war die positive Entwicklung im Netzbereich insbesondere durch ein besseres Ergebnis im Baugeschäft. Demgegenüber stand ein wettbewerbsbedingt geringeres Ergebnis im Vertrieb, das zudem durch Rückstellungen belastet war.

Auch in der Gasversorgung hat sich der durch den Wettbewerb verursachte Margendruck negativ im Vertriebsergebnis niedergeschlagen. Darüber hinaus führte eine Zuführung zu einer Rückstellung für Altlasten zu einem leicht unter dem Vorjahr und dem erwarteten Niveau liegenden Ergebnis.

Im Segment Erzeugung und Fernwärme war ein über dem Plan liegender Anstieg zu verzeichnen. Hierzu trugen bei einem stabilen operativen Geschäft ein Veräußerungserlös aus Emissionsrechten sowie das Ergebnis des neu erworbenen Tochterunternehmens Energy Air GmbH (Energy Air) bei.

Die Ergebnissteigerungen unserer Windparks wirkten sich positiv auf das Ergebnis im Segment Erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen aus. Dem standen gesunkene Ergebnisse der Hotmobil und des Biomasse-Kraftwerks in Fechenheim gegenüber, sodass das Ergebnis insgesamt unter dem Vorjahr und Plan lag.

Das Ergebnis in der Wasserversorgung liegt unter dem Vorjahr und unseren Erwartungen. Dabei standen den gestiegenen Erlösen aufgrund einer im Laufe des Vorjahres vorgenommenen Preisänderung höhere Instandhaltungsaufwendungen und Beschaffungskosten gegenüber. Zudem waren im Vorjahr Erträge aus Rückstellungen enthalten.

Ursächlich für den erwarteten deutlichen Rückgang im Segment Beteiligungen waren insbesondere Ergebnismrückgänge bei zwei Equity-Beteiligungen. Das Ergebnis einer Beteiligung war im Vorjahr durch positive Effekte aus Unternehmenstransaktionen beeinflusst. Bei einer zweiten Beteiligung musste im laufenden Geschäftsjahr eine Wertminderung vorgenommen werden.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der unbereinigten Gewinn- und Verlustrechnung erläutert. Im Geschäftsjahr 2019 wurde erstmals der NIFRIC „Physical settlement of contracts to buy or sell a non-financial item“ angewendet. Dies hat im Hinblick auf die Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten zu Ausweisänderungen in den Positionen Umsatzerlöse, Materialaufwand, sonstige betriebliche Erträge und sonstige betriebliche Aufwendungen geführt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

UMSATZERLÖSE 17

Mio. €	2019	2018	Veränderung
Strom	1.214,9	1.054,4	160,5
Gas	480,0	476,2	3,8
Wärme / Kälte	170,9	155,0	15,9
Wasser	87,3	84,1	3,2
Netzentgelte	167,8	153,0	14,8
Sonstige	163,9	144,5	19,4
	2.284,8	2.067,2	217,6

Der gestiegene Stromverkauf resultierte im Wesentlichen aus Mengenzuwächsen im Standardkundengeschäft, vor allem außerhalb unseres Netzgebiets. Daneben wirkten sich die erstmalige Einbeziehung der Energy Air in den Konzernabschluss sowie gestiegene Handelserlöse umsatzsteigernd aus. Auch im Gasgeschäft waren höhere Erlöse im Standardkundensegment sowie im Gashandel zu verzeichnen. Demgegenüber stehen gesunkene Erlöse aus der Mehr- / Minder-mengenabrechnung im Netz. Die Erlöse im Wärme-geschäft erhöhten sich durch gestiegene Kundenanschlüsse, Preiseffekte sowie die kältere Witterung ab dem zweiten Quartal 2019. Der Anstieg der Wassererlöse war insbesondere auf eine Preisanpassung zurückzuführen. Die Netzentgelte waren durch ein höheres Preisniveau beeinflusst. In den sonstigen Erlösen war die Veräußerung von Emissionsrechten enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 124,3 Mio. Euro nahezu auf dem Vorjahresniveau. Den gestiegenen Erträgen aus der stichtagsbezogenen Bewertung von Derivaten standen geringere Erträge aus Erstattungen für Baumaßnahmen gegenüber.

Der Materialaufwand betraf überwiegend den Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserbezug, die Kosten für den Einsatz von Primärenergie in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Der Anstieg um 100,6 Mio. Euro auf 1.736,2 Mio. Euro entfiel im Wesentlichen auf höhere Strombezugskosten sowie gestiegene Netznutzungsentgelte.

Der Personalaufwand lag mit 230,3 Mio. Euro um 11,8 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau. Dies war mehrheitlich durch tariflich bedingte Gehaltsanpassungen verursacht. Darüber hinaus führten der Aufbau von Mitarbeitern sowie die Übernahme von Auszubildenden zu einem weiteren Anstieg.

Die Abschreibungen sind um 9,1 Mio. Euro auf 101,4 Mio. Euro gestiegen. Dies ist unter anderem durch die Abschreibung von Nutzungsrechten im Rahmen der erstmaligen Anwendung von IFRS 16 verursacht. Daneben wirkten sich die Abschreibungen erstmals konsolidierter Tochterunternehmen erhöhend aus.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 341,9 Mio. Euro und lagen damit um 165,4 Mio. Euro über dem Vorjahr. Der Anstieg ist insbesondere auf die um 146,1 Mio. Euro höheren Aufwendungen aus der stichtagsbezogenen Bewertung von Derivaten zurückzuführen. Darüber hinaus waren ein Anstieg der Rückstellung für Altlasten sowie gestiegene Konzessionsabgaben und Wertberichtigungen auf Forderungen zu verzeichnen.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen in Höhe von 58,3 Mio. Euro lag um 33,7 Mio. Euro unter dem Vorjahr. Der Rückgang entfiel insbesondere auf Ergebnismrückgänge bei zwei Beteiligungen. Dies war einerseits durch deutlich positive Effekte aus Transaktionen im Vorjahr beeinflusst, andererseits musste für eine andere Beteiligung eine Wertminderung gebildet werden.

Die Finanzerträge beliefen sich auf 6,5 Mio. Euro und lagen in etwa auf dem Vorjahresniveau, während sich die Finanzaufwendungen durch die Aufzinsung von Rückstellungen leicht auf 24,4 Mio. Euro erhöht haben.

Der Rückgang der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag um 22,8 Mio. Euro auf 3,6 Mio. Euro entfiel im Wesentlichen auf Steuern aus Bewertungsunterschieden zwischen IFRS und Steuerbilanz aufgrund der Stichtagsbewertung von derivativen Finanzinstrumenten.

Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanz stellte sich wie folgt dar:

BILANZ (KURZFASSUNG)

18

Mio. €	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung
Summe Vermögenswerte			
Langfristige Vermögenswerte ¹	2.626,2	2.569,5	56,7
Kurzfristige Vermögenswerte	531,0	524,7	6,3
	3.157,2	3.094,2	63,0
Summe Eigenkapital und Schulden			
Eigenkapital ¹	1.228,6	1.270,4	-41,8
Langfristige Schulden ¹	1.263,9	1.215,5	48,4
Kurzfristige Schulden	664,7	608,3	56,4
	3.157,2	3.094,2	63,0

¹ Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund der geänderten Bilanzierung der Baukostenzuschüsse gemäß IFRS 15 angepasst. Wir verweisen auf das Kapitel „Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ im Konzernanhang.

Anstieg der langfristigen Vermögenswerte

Die langfristigen Vermögenswerte haben sich um 56,7 Mio. Euro erhöht. Der Anstieg entfällt insbesondere auf das Sachanlagevermögen und ist durch die Investitionen in Netze mit Schwerpunkt auf dem Stromnetz im Frankfurter Osten und Norden sowie die Aktivierung von Nutzungsrechten im Rahmen der erstmaligen Anwendung von IFRS 16 in Höhe von 26,0 Mio. Euro verursacht. Demgegenüber steht ein leichter Rückgang der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen und langfristigen Leasingforderungen. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 83,2 % (Vorjahr 83,0 %) und wurde zu 46,8 % (Vorjahr 49,4 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Der leichte Anstieg der kurzfristigen Vermögenswerte entfiel auf die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Forderungen aus Umsatzsteuer an die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH).

Die Eigenkapitalquote belief sich auf 38,9 % (Vorjahr 41,1 %). Die Gewinnabführung an das Mutterunternehmen sowie die Verminderung der Rücklage für Cash Flow Hedges übersteigen das Ergebnis des aktuellen Jahres und führen somit zu der Verminderung des Eigenkapitals.

Bei den langfristigen Schulden handelte es sich in Höhe von 420,3 Mio. Euro (Vorjahr 460,7 Mio. Euro) um Finanzschulden. Davon sind 144,3 Mio. Euro (Vorjahr 147,4 Mio. Euro) innerhalb eines Zeitraums von ein bis fünf Jahren und 276,0 Mio. Euro (Vorjahr 313,3 Mio. Euro) nach mehr als fünf Jahren fällig. Der durchschnittliche Zinssatz der Finanzschulden betrug 3,7 % (Vorjahr 3,6 %). Die langfristigen Schulden haben sich im Wesentlichen durch den Anstieg der Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten um 82,6 Mio. Euro sowie der Leasingverbindlichkeiten im Rahmen der erstmaligen Anwendung von IFRS 16 um 26,2 Mio. Euro erhöht. Gegenläufig wirkten sich die gesunkenen langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus. Im kurzfristigen Bereich sind sowohl die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen als auch die übrigen kurzfristigen Schulden gestiegen. Bei Letzteren war der Anstieg auf Derivatverbindlichkeiten, die Gewinnabführung sowie sonstige Abgrenzungen zurückzuführen.

Die Investitionen gliederten sich wie folgt:

INVESTITIONEN		19
Mio. €	2019	2018
Stromversorgung	59,2	33,6
Gasversorgung	12,6	14,3
Erzeugung und Fernwärme	40,8	29,0
Erneuerbare Energien/ Energiedienstleistungen	13,3	10,0
Wasser	5,0	3,3
Beteiligungen/Sonstiges	19,4	21,8
Summe Investitionen	150,3	112,0

Die Investitionsprojekte zur Erweiterung und zum Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung stellten den Schwerpunkt der Investitionen in Sachanlagen dar. Im Rahmen der Großrevision des Heizkraftwerks West wurden Investitionen in Höhe von rund 13 Mio. Euro getätigt. Ein weiterer Fokus lag auf der Ertüchtigung von Umspannwerken, die unter anderem der Netzverstärkung im Frankfurter Osten dienen sollen. Die Investitionen aus dem Erwerb von 100 % der Anteile an der Energy Air von rund 13 Mio. Euro sind überwiegend im Segment Erzeugung und Fernwärme enthalten. Die Investitionen im Segment Erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen erhöhten sich im Wesentlichen durch den Erwerb eines Windparks.

Finanzlage des Konzerns

Das Finanzmanagement verantwortet die Sicherung des finanziellen Vermögens der Mainova sowie die Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven. Dies stellt die uneingeschränkte Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit sicher.

Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens zeigt die nachfolgende zusammengefasste Kapitalflussrechnung:

20

Mio. €	2019	2018	Veränderung
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	268,6	226,3	42,3
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-122,7	-99,8	-22,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-143,3	-131,1	-12,2
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	2,6	-4,6	7,2
Finanzmittelfonds	12,6	10,0	2,6
Finanzmittelfonds einschließlich Guthaben aus Cash Pooling	62,1	64,8	-2,7

Ursächlich für den Anstieg des positiven Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Abbau von Forderungen (im Vorjahr Aufbau). Die höheren Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit waren insbesondere durch die gestiegenen Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen bedingt. Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit resultierte wie im Vorjahr insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der Tilgung von Krediten, die gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist.

Sonstige nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

KUNDENZUFRIEDENHEIT

Die Zufriedenheit der Kunden ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Mainova. Mit der Umsetzung der Strategie Mainova 2028 rückt der Aspekt noch stärker in den Fokus. Anhand eines Index, der die Loyalität auf einer Skala von 0 bis 100 abbildet, wird die Zufriedenheit unserer Kunden mit der Zufriedenheit der Wettbewerbskunden verglichen. Wir erreichen bei unseren Kunden einen Wert im oberen Drittel der Skala und liegen damit auf dem geplanten Niveau.

MITARBEITERZUFRIEDENHEIT

Mit einer Beteiligungsquote von 71 % konnten wir bei unserer unternehmensweiten Mitarbeiterbefragung auch im Jahr 2019 wieder eine hohe Rücklaufquote und damit ein repräsentatives Gesamtergebnis erreichen. Die alle zwei Jahre stattfindende Erhebung bezieht sich auf eine breite Palette arbeitsplatz- und unternehmensbezogener Themenfelder.

Erfreulicherweise haben sich die positiven Zufriedenheitswerte aus dem Jahr 2017 bei vielen Aspekten wie zum Beispiel den Arbeitsbedingungen und der eigenen Tätigkeit, der Zusammenarbeit mit den Kollegen und direkten Führungskräften sowie bei den Themen Sicherheit und Gesundheit bestätigt. Auch der Mitarbeiter-Engagement-Index befindet sich wie in den Vorjahren auf einem hohen Niveau. Der Gesamtzufriedenheitsindex ist nahezu unverändert und liegt nur marginal unter dem Wert aus dem Jahr 2017. Die Befragungsergebnisse werden wieder ausführlich analysiert, um positive Veränderungen auf Unternehmensebene und in den Fachbereichen anzustoßen und umzusetzen.

Wesentliche Ereignisse

Ereignisse im Berichtsjahr

Bei der Hauptversammlung am 29. Mai 2019 wurden die Anteilseignervertreter für den Aufsichtsrat neu gewählt. Neu in das Gremium wurde unter anderem Oberbürgermeister Peter Feldmann gewählt, der das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden von Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker übernommen hat.

Das langjährige Vorstandsmitglied Lothar Herbst hat die Mainova zum 31. Dezember 2019 auf eigenen Wunsch verlassen. Seit dem Jahr 2006 hat Lothar Herbst in dieser Funktion die Entwicklung des Unternehmens maßgeblich mitgestaltet. Er verantwortete zuletzt die Bereiche Personal, Interne Dienste und Immobilienmanagement, Zentraleinkauf, Angelegenheiten des Betriebsrats, Datenschutz, Unternehmenssicherheit und Gleichbehandlung sowie die Tochterunternehmen NRM und SRM.

Im Januar 2019 wurde die Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG gegründet, an der die Mainova 100 % der Anteile hält. Die Gesellschaft hat zwei bereits bestehende Windkraftanlagen in der Region erworben.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2019 wurden 100 % der Anteile an der Energy Air erworben. Die Gesellschaft bietet ein ganzheitliches Geschäftsmodell für Energielösungen über die gesamte Wertschöpfungskette der Energieversorgung am Flughafen Frankfurt am Main.

Ereignisse nach Ablauf des Berichtsjahres

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

Langjähriges
Vorstandsmitglied
Lothar Herbst
verlässt Mainova auf
eigenen Wunsch.

Kundenzufrieden-
heit auf dem
geplanten Niveau

Mitarbeiter-
befragung: hohes
Niveau beim
Mitarbeiter-Engage-
ment-Index

Mitarbeiter

Wir beschäftigten zum Jahresende 2019 im Konzern 2.742 (Vorjahr 2.698) und bei der Mainova AG 2.589 (Vorjahr 2.550) Mitarbeiter.

DIGITALISIERUNGSPROJEKT HR 2020

Das bereits im Jahr 2018 begonnene Digitalisierungsprojekt HR 2020 wurde im Geschäftsjahr 2019 weiter intensiv fortgeführt. Im Mittelpunkt steht die schrittweise Einführung der Talent Management Suite „SAP SuccessFactors“. Diese wird bis Ende 2021 in die Anwendungslandschaft integriert und deckt – gemeinsam mit der parallel eingeführten Lösung für ein digitales Reisemanagement – alle personalwirtschaftlichen Themenbereiche des gesamten Beschäftigungsverhältnisses ab.

Durch das Projekt HR 2020 werden sukzessive die heute teils bestehenden Einzellösungen für Recruiting, Onboarding, Stammdatenverwaltung, Weiterbildung und Beurteilungswesen bis hin zur strategischen Nachfolgeplanung in eine gemeinsame Lösung übertragen. Der hiermit verbundene Zweck, alle Personaldaten führend im Personalbereich in einem einzigen System redundanzfrei zu halten, dient der revisionsbeständigen Datenhaltung und schafft datenschutzrechtliche Sicherheit. Hierdurch wird das breite Spektrum der Digitalisierung in Form von steigender Automatisierung, umfangreicher Standardisierung und konsequenter Prozesstransparenz für die gesamte Belegschaft unseres Hauses spürbar.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden die SAP SuccessFactors-Module EmployeeCentral (Personaldatenorganisation) und Learning (Weiterbildung) konfiguriert. Persönliche Stammdatenprofile, ein digitales Dokumentenwesen, eine moderne Weiterbildungsplattform, Papierreduktion und eigenverantwortliche Datenpflege mittels durchdachter elektronischer Workflows sind nur einige von vielen weiteren Vorteilen der ausgearbeiteten Modulgestaltungen.

Weiterhin wurde mit der Konzeption zweier weiterer Module zur Abbildung des Beurteilungswesens und von Zielvereinbarungen begonnen. Die verbundweite Freischaltung erster Module aus HR 2020 ist samt zugehöriger Informations- und Schulungsmaßnahmen für das erste Quartal 2020 geplant.

NEUER ARBEITGEBERAUFTRITT

Im Rahmen der Strategie Mainova 2028 wurde die Positionierung der Marke sowie der Auftritt der Mainova als Arbeitgeber überarbeitet. Entlang repräsentativer Mitarbeiter-Workshops sowie Interviews mit Vorstand, Betriebsrat und Bereichsleitern wurde eine Ist-Aufnahme vorgenommen. Weitere interne Fokus-Workshops und der Abgleich mit Markt und Wettbewerb bildeten die Basis für die neue Arbeitgeberpositionierung. Anfang 2020 wird Mainova mit dem neuen Auftritt in Medien und auf Messen um neue Mitarbeiter werben.

NACHWUCHSFÖRDERUNG

Zum Jahresende 2019 waren im Konzern 117 Auszubildende beschäftigt, davon 112 bei der Mainova AG.

Die Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte ist eine besondere Herausforderung. Im Geschäftsjahr 2019 haben wir daher die bisher von der SWFH durchgeführte Ausbildung übernommen. In der neu gegründeten Abteilung „Nachwuchsentwicklung“ erhielten 90 Auszubildende für kaufmännische, technische und IT-Berufe zum 1. Februar 2019 neue Arbeitsverträge und werden von der Mainova weiter ausgebildet.

Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres im August 2019 konnte das neue Nachwuchszentrum in einem kernsanierten Gebäude am Technikstandort Gutleutstraße 280 in Betrieb genommen werden. Damit einher ging die Anerkennung als Ausbildungsbetrieb sowie Prüfungsort für Ausbildungsprüfungen der IHK Frankfurt am Main. Im Jahr 2019 starteten 35 junge Menschen ihre Ausbildung in technischen, kaufmännischen und IT-Ausbildungsberufen. Darüber hinaus begannen 11 duale Studenten in 6 Studienrichtungen.

Zur Gewinnung von Auszubildenden wurden die Maßnahmen im Bereich Schulmarketing deutlich ausgeweitet. In der Region wurden Schulen überwiegend mit einem technischen Schwerpunkt als Fokusschulen für eine engere Kooperation identifiziert. Außer dem Versand allgemeiner Informationen zu unseren Nachwuchsangeboten nimmt Mainova an diesen Schulen an Berufsinformationsveranstaltungen teil und bietet maßgeschneiderte Angebote an. Dazu gehören beispielsweise Trainingseinheiten wie Kommunikations- und Bewerbungstrainings oder Berufsorientierungen.

Mainova eröffnet
neues Nachwuchszentrum.

PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Prognosebericht

Gesamtaussage des Vorstands über die Unternehmensentwicklung

Das energiewirtschaftliche Marktumfeld ist von einem schnellen Wandel und zunehmenden Wettbewerb geprägt. Die Digitalisierung der Branche gewinnt durch den Markteintritt neuer Unternehmen im Bereich der energienahen Dienstleistungen zunehmend an Dynamik und setzt gleichzeitig auch das Kerngeschäft unter Druck. Im Zusammenspiel mit effizienteren Technologien trägt dies maßgeblich zur Entstehung neuer Produkte und der Erschließung neuer Absatzmärkte bei. Hierbei ist entscheidend, sich zeitnah fachlich in der gesamten Wertschöpfungskette als serviceorientiert und zuverlässig sowie als innovativer Partner zu etablieren.

Darüber hinaus wird sich die Wettbewerbssituation der einzelnen Energieträger durch die vom Gesetzgeber geplante Einführung einer CO₂-Bepreisung verändern. Tendenziell werden fossile Energieträger, insbesondere Erdgas im Wärmemarkt, künftig stärker belastet.

Trotz der zahlreichen Herausforderungen planen wir, unsere Verschuldung auch weiterhin zu reduzieren. Mit der konsequenten Umsetzung unserer auf nachhaltiges Wachstum ausgerichteten Unternehmensstrategie sind wir in der Lage, die künftigen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Konjunkturelle Entwicklung

Angesichts der anhaltend abgeschwächten Konjunkturendynamik erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2020 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % und hat die Wachstumsprognose somit nach unten revidiert. Im Zuge der konjunkturellen Abkühlung ist mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Der Grund für die verhaltene konjunkturelle Entwicklung in Deutschland liegt vor allem in der nachlassenden exportorientierten Industrie. Zum einen hat die internationale Konjunktur an Dynamik verloren. Zum anderen reduzieren die Handelskonflikte und die damit verbundene Unsicherheit die Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern. Die gleiche Wirkung hat die Unsicherheit über den EU-Austritt Großbritanniens. Dagegen erwartet die Bundesregierung weiterhin positive Impulse aus der Binnenwirtschaft. Zudem wird die Konjunktur von der Finanzpolitik gestützt, die die Kaufkraft und den Konsum der privaten Haushalte stimuliert. Auch die staatliche Investitionstätigkeit wird sich weiterhin dynamisch entwickeln.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Auf Basis einer weitgehend entspannt erwarteten europäischen Versorgungslage bei Rohöl, Kohle und Gas halten wir in diesen Märkten für das Jahr 2020 zunächst weitere Preisrückgänge für möglich. Auf das Gesamtjahr gesehen rechnen wir mit einem stabilen bis leicht anziehenden Preisniveau. Unsicherheiten wie der Handelskonflikt zwischen den USA, China und Europa, das Ausmaß wirtschaftlicher Folgen des Corona-Virus, die instabile geopolitische Lage im Nahen Osten sowie der Brexit können den Preisverlauf an den Energiemärkten beeinflussen. Eine Inbetriebnahme der Gaspipeline „Nord Stream 2“ würde auf das Aufwärtspotenzial bei den Gaspreisen eher dämpfend wirken. Auch energiepolitische Entscheidungen, wie zum Beispiel das finale Gesetz zum Kohleausstieg, können im Jahr 2020 einen starken Einfluss auf das Marktgeschehen haben. Am Emissionsmarkt werden im Hinblick auf das kommende Jahr tendenziell stabil bis aufwärts gerichtete Preise erwartet. Hierfür sprechen die Reformen des europäischen Handelssystems, der im Jahr 2019 erfolgte Start der Marktstabilitätsreserve sowie die nicht abgeschlossenen Bemühungen der deutschen und europäischen Politik hinsichtlich einer nochmaligen Verschärfung der bestehenden Klimaziele.

Die Entwicklung an den Commodity-Märkten ist für uns bezogen auf das Jahr 2020 von untergeordneter Bedeutung, da wir die Mengen überwiegend schon kontrahiert haben.

Geschäfts- und Ergebnisentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2020 ist ein um Effekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IFRS 9 bereinigtes EBT leicht unter dem Niveau des Jahres 2019 geplant.

Mainova plant Verschuldung weiterhin zu reduzieren.

Mainova plant für das Geschäftsjahr 2020 ein bereinigtes EBT leicht unter Vorjahresniveau.

Die für das Jahr 2020 erwartete Entwicklung unseres finanziellen Leistungsindikators bereinigtes EBT stellt sich nach Segmenten wie folgt dar:

ERWARTETE SEGMENTENTWICKLUNG

21

	2020 (Plan)
Stromversorgung	leicht über Vorjahr
Gasversorgung	leicht unter Vorjahr
Erzeugung und Fernwärme	leicht unter Vorjahr
Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen	deutlich über Vorjahr
Wasserversorgung	leicht über Vorjahr
Beteiligungen	leicht über Vorjahr
Konzern	leicht unter Vorjahr

In den Segmenten Strom- und Gasversorgung wird sich der weiterhin intensive Wettbewerb auf unser Vertriebsgeschäft ergebnisbelastend auswirken. Dem steht in der Stromversorgung eine positive Entwicklung im Netzgeschäft gegenüber, sodass wir insgesamt von einem leichten Ergebnisanstieg ausgehen.

Im Segment Erzeugung und Fernwärme rechnen wir aufgrund eines im Vorjahr enthaltenen Ertrags aus dem Verkauf von Emissionsrechten mit einem leicht unter dem Vorjahr liegenden Ergebnis. Positiv hingegen wird sich der weitere Ausbau des Wärmegeäfts auswirken.

Segment Erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen wird ausgeweitet.

Die kontinuierliche Ausweitung des Segments Erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen wird im Jahr 2020 fortgesetzt. Zu dem erwarteten deutlichen Ergebnisanstieg wird insbesondere das Contracting-Geschäft beitragen, während sich das Energiedienstleistungsgeschäft im Aufbau befindet.

Für die Wasserversorgung gehen wir aufgrund des Wegfalls von Belastungen durch Umlegungs- und Instandhaltungsmaßnahmen im Netz sowie geplanten Mengensteigerungen von einem leicht über dem Vorjahr liegenden Ergebnis aus.

Aufgrund von negativen Einmaleffekten im Geschäftsjahr 2019 rechnen wir mit einem leichten Ergebnisanstieg im Segment Beteiligungen.

Bezogen auf unsere Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit gehen wir im Geschäftsjahr 2020 von einem in etwa gleichbleibenden Niveau aus.

Investitionen und Finanzlage

Unser geplantes Investitionsvolumen bleibt auf einem hohen Niveau und verteilt sich wie folgt auf die Segmente:

ERWARTETE INVESTITIONEN

22

Mio. €	2020 (Plan)
Stromversorgung	56
Gasversorgung	11
Erzeugung und Fernwärme	33
Erneuerbare Energien/Energiedienstleistungen	14
Wasserversorgung	11
Beteiligungen/Sonstiges	21
Investitionen gesamt	146

In den Segmenten Strom- und Gasversorgung sowie Erzeugung und Fernwärme liegt der Schwerpunkt der Investitionen im Netzbereich. Durch die hohen Investitionen in den Ausbau und den Erhalt unserer Versorgungsnetze gewährleisten wir ein hohes Maß an Versorgungszuverlässigkeit und -qualität im Interesse unserer Kunden.

In der Erzeugung und Fernwärme werden zudem Investitionen in Heizkraftwerke vorgenommen. Diese tragen maßgeblich dazu bei, die zuverlässige Energieversorgung und die ressourcenschonende, effiziente Energieerzeugung weiter fortzusetzen.

Im Segment Erneuerbare Energien und Energiedienstleistungen sind überwiegend Investitionen in Contracting- und Photovoltaikanlagen geplant. Zudem werden Investitionen in Windparks unser Portfolio der Windenergieanlagen erweitern.

Chancen- und Risikobericht

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Zur Gewährleistung des langfristigen Unternehmenserfolgs ist ein nachhaltiges Risikomanagementsystem von großer Bedeutung. Die über alle Unternehmenseinheiten identifizierten Chancen und Risiken werden dabei gemäß dem bestehenden Regelwerk zentral erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr stellt sich die Chancensituation nahezu unverändert dar. Es sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Sachverhalte erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Risikomanagementsystem

Um den Anforderungen nach einer sachgerechten Risikoüberwachung und -steuerung zu entsprechen, haben wir ein adäquates System installiert. Hierdurch werden wir in die Lage versetzt, kritische Geschäftsvorgänge zeitnah zu erfassen, zu analysieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten.

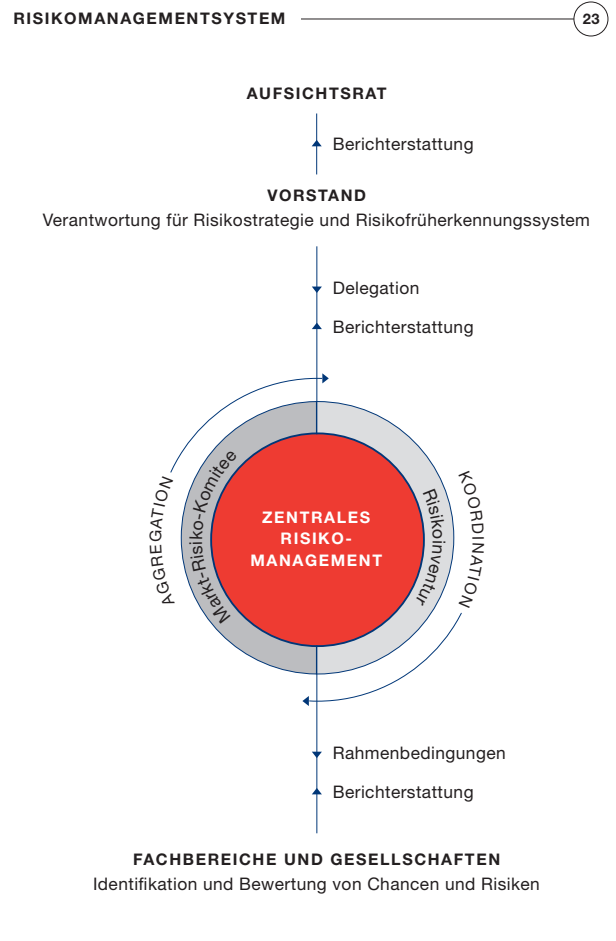
Ein Risiko ist als eine potenziell negative Abweichung von unternehmerischen Zielen oder Planwerten definiert. Demgegenüber bezeichnen wir eine Chance als potenziell positive Abweichung vom geplanten Unternehmensergebnis. Die Basis für deren Bewertung bilden Einschätzungen sowie Annahmen über denkbare zukünftige Entwicklungen und Ereignisse.

Einmal jährlich wird auf Basis des Eigenkapitals und des geplanten Ergebnisses des jeweiligen Geschäftsjahres eine Risikotragfähigkeit ermittelt. Zu Steuerungszwecken werden die Risiken der entsprechenden Tragfähigkeit gegenübergestellt.

Grundsätzlich unterscheiden wir zwischen Markt-, Unternehmens- sowie Liquiditätschancen beziehungsweise -risiken. Marktrisiken entstehen sowohl durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten als auch infolge von Geschäftspartnerausfällen im Rahmen der erneuten Bewirtschaftung von Geschäften sowie bei Zahlungsausfällen. Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf alle Sachverhalte, die aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren oder diese beeinflussen, inklusive der Markt- und Liquiditätsrisiken. Hierzu zählen unter anderem Sachverhalte, die aus einer unzureichenden Einschätzung der branchenspezifischen Entwicklung im Hinblick auf Gesetzgebung und Markttrends resultieren, negative Abweichungen zur verabschiedeten Wirtschaftsplanung sowie operationelle Risiken. Unter letzteren sind betriebliche, nicht eindeutig quantifizierbare Sachverhalte zu verstehen, die durch Unangemessenheit oder Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Hierzu zählen auch compliance-relevante Themen.

Liquiditätsrisiken bestehen, wenn benötigte Zahlungsmittel nicht ausreichend oder nur zu erhöhten Kosten beschafft werden können. Aus Gründen der Vereinfachung erfolgt eine nähere Beschreibung im Rahmen der Unternehmensrisiken unter „Finanzen und Beteiligungen“.

Unser Risikomanagementsystem stellt sich wie folgt dar:



Alle potenziellen Geschäftsvorfälle mit einer positiven oder negativen Abweichung von Unternehmenszielen werden im Rahmen einer halbjährlichen Risikoinventur erhoben. Die Identifizierung und systemseitige Erfassung der Sachverhalte erfolgen zunächst durch die operativ verantwortlichen Unternehmenseinheiten sowie der einbezogenen Tochterunternehmen.

Die Einheiten sind zudem dafür verantwortlich, wirksame Maßnahmen aufzuzeigen, die Risiken vermeiden, reduzieren und kontrollieren. Daneben stellen sie die Nutzung von Chancen sicher.

Das Monitoring der Marktchancen und -risiken aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb sowie Erzeugung erfolgt in monatlichen Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees (MRK) unter der Teilnahme von Vorstand und Führungskräften.

Der Bereich „Finanzen, Rechnungswesen und Controlling“ steuert und koordiniert das zentrale Risikomanagement und verantwortet die Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat. Unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation werden vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Unternehmenseinheiten ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Zudem begutachtet der Wirtschaftsprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach § 91 Abs. 2 AktG.

Marktchancen und -risiken

Volatile Preisentwicklungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten bergen vielfältige Marktchancen und -risiken. Zudem bestehen Adressausfallrisiken, die zur erneuten Bewirtschaftung von bereits abgesicherten Geschäften sowie zu Zahlungsausfällen führen können.

Um die Risiken aus schwankenden Bezugspreisen im Rahmen unserer Eindeckung mit Strom und Gas für das Vertriebsportfolio möglichst zu minimieren, setzen wir auf eine marktorientierte Beschaffung. Gleichzeitig trägt diese Situation zu einem Anstieg des Risikos erhöhter Wiederbeschaffungskosten im Falle eines Ausfalls von Handelspartnern bei. Zur Risikodiversifizierung streben wir unter anderem eine sukzessive Ausweitung des Handelspartnerportfolios an.

Trotz des aktuell hohen Preisniveaus bleibt die wirtschaftliche Situation unserer konventionellen Erzeugungsanlagen anhaltend schwierig. Sie kommen aufgrund des vorrangig ins Netz eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen seltener zum Einsatz. Diesem Trend begegnen wir mit einer langfristig und risikodiversifiziert ausgelegten Vermarktungsstrategie, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung unterliegt.

Zur Absicherung von Preisänderungen aus der Brennstoffbeschaffung setzen wir Kohle-, Gas- und Öl-Swaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeitig werden zur Sicherung der Stromerlöse Vermarktungsgeschäfte (Forwards) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen.

In einem stark begrenzten und regelmäßig überwachten Umfang betreiben wir Eigenhandel mit definierten Commodities mit dem Ziel, Handelsmargen aus den Preisbewegungen am Markt zu generieren. Daraus resultieren sowohl die Chance auf die Erzielung positiver Ergebnisbeiträge als auch das Risiko des Abschlusses von verlustbringenden Geschäften.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Konzernanhang.

Für die Durchführung von Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie die finanziellen Sicherungs- und Eigenhandelsaktivitäten haben wir eindeutige Strategien und Rahmenbedingungen definiert. Diese werden regelmäßig durch das MRK geprüft und freigegeben.

Die Steuerung der Marktrisiken erfolgt mittels eines Limitsystems. Grundlage hierfür ist ein von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Steuerungskennzahl ist das Risikokapital beziehungsweise der Value at Risk (VaR). Die Auslastung dieses globalen Limits berücksichtigt Handelsaktivitäten für das aktuelle sowie für die fünf folgenden Geschäftsjahre. Der VaR zeigt dabei zudem mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus noch offenen Positionen des Energiehandelsportfolios der aktuellen Bewirtschaftungszeiträume entstehen können. Zum 31. Dezember 2019 belief sich die Auslastung des Risikokapitals inklusive des VaR auf rund 18 Mio. Euro (Vorjahr 27 Mio. Euro), was einer Ausschöpfung des Limits von 37 % (Vorjahr 53 %) entspricht. Der Rückgang dieser Kennzahl im Vergleich zum Vorjahr war im Wesentlichen auf ein gesunkenes Adressausfallrisiko zurückzuführen.

Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken umfassen, wie voranstehend beschrieben, eine Vielzahl an Sachverhalten, die aus der operativen Geschäftstätigkeit resultieren oder diese beeinflussen. Wir teilen sie entlang der Wertschöpfungsstufen in die Kategorien Erzeugung, Handel, Vertrieb, Netz und Regulierung, Finanzen und Beteiligungen, Shared Service sowie Recht und Compliance ein.

Der Erwartungswert aller gemeldeten Risiken nach bereits eingeleiteten Gegenmaßnahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf 30 Mio. Euro (Vorjahr 33 Mio. Euro). Davon entfallen 3 % (Vorjahr 6 %) auf die Erzeugung, 13 % (Vorjahr 10 %)

auf den Vertrieb, 29 % (Vorjahr 24 %) auf Netz und Regulierung, 15 % (Vorjahr 19 %) auf Finanzen und Beteiligungen, 38 % auf Shared Services und 2 % auf sonstige Risiken einschließlich Recht und Compliance sowie Handel.

ERZEUGUNG

Um die Handlungsfähigkeit im Wärmemarkt sicherzustellen, haben wir eine übergreifende Wärmestrategie mit dem Ziel definiert, im Wärmenetz langfristig Strukturen zu schaffen, die die Einbindung von alternativen, nicht fossilen Wärmequellen ermöglichen und somit die Fernwärme zukunftsfähig machen. Im Betrachtungszeitraum ist eine Erhöhung des Automatisierungsgrads der Kraftwerke geplant, um Außenstandorte und Nebenanlagen im Betrieb ohne Beaufsichtigung betreiben zu können. Ziel ist es, mit diesen Optimierungsmaßnahmen die Effizienz und Flexibilität unseres Kraftwerksparcs zu steigern sowie steigenden Personalkosten entgegenzuwirken.

Im Bereich der Investitionen in regenerative Erzeugungsanlagen konzentrierte sich unser Engagement überwiegend auf den Erwerb von Photovoltaikanlagen und Onshore-Windparks sowie auf die Optimierung der Kostenstruktur der bestehenden Parks. Aufgrund der aktuellen Marktsituation ist es derzeit schwierig, schlüsselfertige Projekte zu finden, die unseren Renditeanforderungen gerecht werden. Mit dem Erwerb der Windenergieanlagen des Windparks Karben-Kloppenheim im Jahr 2019 konnte allerdings zum ersten Mal ein Bestandspark übernommen werden. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten im Bereich Projektentwicklung weiterverfolgt.

Das Gemeinschaftskraftwerk in Irsching, an dem wir mit 15,6 % beteiligt sind, befindet sich seit April 2016 in der Netzreserve. Währenddessen darf das Kraftwerk nicht am Markt eingesetzt werden. Der Rechtsrahmen beinhaltet die Vergütung von Erzeugungsauslagen, Betriebsbereitschaftsauslagen für die Vorhaltung des Kraftwerks sowie eine Vergütung des anteiligen Werteverbrauchs in Abhängigkeit der aufgerufenen Betriebsstunden. Eine Erstattung der Kapitalkosten ist jedoch nicht vorgesehen. Damit ist eine volle Kostendeckung des Gemeinschaftskraftwerks in Irsching auch im Rahmen der Netzreserve nicht gewährleistet. Die Höhe der Kostenerstattungen ist zudem noch nicht abschließend geklärt. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation am Strommarkt wurde im September 2019 erneut eine vorläufige Stilllegungsanzeige gegenüber dem Übertragungsnetzbetreiber gestellt. Die Bewertung des Übertragungsnetzbetreibers steht noch aus. Die Anlage bleibt weiterhin bis mindestens 2020 in der Netzreserve.

Das Gemeinschaftskraftwerk in Bremen, an dem wir mit 25,1 % beteiligt sind, ist bis zum Jahr 2021 vermarktet und bis dahin nicht den Risiken des Markts ausgesetzt. Aufgrund der angespannten Marktlage ist die langfristige Rentabilität jedoch fraglich und abhängig von der weiteren Entwicklung auf dem Terminmarkt. Die längerfristigen Prognosen gehen jedoch von einer positiven Marktentwicklung für moderne Gaskraftwerke aus.

Den Risiken aus den Gaskraftwerken in Irsching und Bremen haben wir durch bilanzielle Maßnahmen Rechnung getragen.

HANDEL

Im Energiehandel ergibt sich neben den Marktpreis- und Adressausfallrisiken ein weiteres Risiko- und Verlustpotenzial. Komplexe Prozesse im täglichen Handelsgeschäft bergen operationelle Risiken. Zudem werden mit steigenden regulatorischen Anforderungen Kapazitäten gebunden und der Aufwand erhöht.

Um insbesondere operationellen Risiken aus diesem Bereich zu begegnen, erfolgt eine regelmäßige Kontrolle der Datenbewegungen des Handelssystems. Darüber hinaus erfolgt eine stetige Prozessoptimierung sowie Digitalisierung interner Abläufe.

VERTRIEB

Die Strom- und Gasversorgung unserer Privat- und Geschäftskunden ist durch anhaltend intensiven Wettbewerb geprägt. Um die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen, erweitern wir unser Vertriebsgebiet gezielt, um neue Kunden zu gewinnen. Zur Sicherung der bestehenden Marktanteile sowie zur Minderung des Risikos von Mengenverlusten ist die Pflege unserer Bestandskunden elementar. Dabei übernehmen wir für unsere Kunden zunehmend die Funktion eines umfassenden Energiedienstleisters.

Die Absatzmengen für Erdgas und Fernwärme sind in hohem Maße witterungsabhängig. Planerisch gehen wir diesbezüglich jeweils von dem durchschnittlichen Witterungsverlauf der vergangenen zehn Jahre aus. Abweichungen davon können sowohl Chancen als auch Risiken darstellen.

Erhöhung des
Automatisierungs-
grads der Kraftwerke
geplant.

Mainova als
umfassender Energie-
dienstleister

NETZ UND REGULIERUNG

Das Netzgeschäft ist insbesondere durch die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einschließlich der Verordnungen sowie der Festlegungen der Bundesnetzagentur (BNetzA) zu den Kosten und Erlösen der Netzbetreiber geprägt. Diese Vorgaben bergen regulatorische Risiken, indem sie Netzbetreiber dazu zwingen, die Kosten zu senken und gleichzeitig eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Im Juni 2019 erhielt unsere Netzgesellschaft die Beschlüsse zur Festlegung der Erlösobergrenzen Strom und Gas für die dritte Regulierungsperiode. Im Laufe des Verfahrens konnten die angekündigten Kürzungen auf ein akzeptables Maß begrenzt werden, sodass die Kapitalkosten aus den Investitionen der kommenden Jahre in das Frankfurter Strom- und Gasnetz refinanziert werden können.

Rollout der intelligenten Messsysteme wird vorbereitet.

Zur Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende führen wir ein umfangreiches Projekt durch. Unsere Tochtergesellschaft MSD installiert moderne Messeinrichtungen im Auftrag des grundyständigen Messstellenbetreibers NRM, um den gesetzlichen Einbaupflichten gerecht zu werden. Ein Rollout der intelligenten Messsysteme verbunden mit einem Umbau der IT-Systemlandschaft wird derzeit vorbereitet. Verzögerungen in der technischen Entwicklung verbunden mit Unsicherheiten bei der Datenübertragung sowie regulatorische Vorgaben bergen erhebliche finanzielle Risiken bei der Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen für den Netz- beziehungsweise Messstellenbetreiber.

Um die sich daraus ergebenden Chancen neuer Geschäftsmodelle beziehungsweise neuer Vertriebsprodukte nutzen zu können, wurden weitere technische und organisatorische Voraussetzungen für die erforderliche Digitalisierung der Prozesse geschaffen. Dennoch werden uns die technischen Entwicklungen stets vor neue Herausforderungen stellen. Bereits heute versuchen Wettbewerber in diesem Segment durch neue Produkte wichtige Kundensegmente in unserem Portfolio zu besetzen.

Bei der rechtlichen Sicherung zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Strom- und Gasinfrastruktur müssen die konzessionsgebenden Städte und Gemeinden strukturierte Vergabeverfahren umsetzen. Bei auslaufenden Verträgen besteht auch in der Region Rhein-Main weiter ein hoher Anreiz für Wettbewerber, Angebote zu platzieren. Als Wettbewerber treten in der Regel andere Energieversorgungsunternehmen beziehungsweise Netzbetreiber aus der Region auf. Diese wollen ihr Netzgeschäft ausweiten oder verlorene Konzessionen kompensieren. Neben dem Ziel, Bestandskonzessionen in den

Wettbewerbsverfahren zu halten, bewerben wir uns auch um weitere Stromkonzessionen in einem definierten Radius rund um Frankfurt.

Der Konzessionswettbewerb bietet den etablierten Netzeigentümern sowie Netzbetreibern Wachstumschancen. Gleichzeitig birgt er aber auch das Risiko, eigene Konzessionen an andere Unternehmen vollständig zu verlieren oder die Konzession nur im Rahmen eines Kooperationsmodells mit dem Konzessionsgeber weiterführen zu können.

FINANZEN UND BETEILIGUNGEN

Unter „Finanzen und Beteiligungen“ erfassen wir sowohl Liquiditäts-, Zinsänderungs- sowie Forderungsausfallrisiken als auch Chancen und Risiken aus Beteiligungen.

Liquiditätsrisiken können bestehen, wenn die erforderlichen Finanzmittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen, um Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Um diesen entgegenzuwirken, ist Mainova in das systematische Liquiditätsmanagement der SWFH eingebunden. Wir verfügen bei der SWFH über eine Kreditlinie in Höhe von 40 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Möglichkeit, Termingelder zu vereinbaren, um Liquiditätsunterdeckungen zu vermeiden. Bei Banken liegen keine Kreditlinien vor.

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Diese bestehen bei uns für verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen. Wir begegnen derartigen Risiken zum Teil durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Zins-Swaps abgeschlossen.

Die Gefahr von Forderungsausfällen besteht bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einerseits bei den Kunden und andererseits bei den Kontrahenten im Energiehandel. Sowohl ein anforderungsgerechtes Forderungsmanagement als auch Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen sowie die Gewährung von Ratenplänen führten hier zu einer Risikoreduktion.

Das Beteiligungscontrolling überwacht durch die regelmäßige Berichterstattung die Chancen und Risiken aus Beteiligungsgesellschaften. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, analysiert und, falls es erforderlich ist, gemeinsam mit der Gesellschaft Gegensteuerungsmaßnahmen erarbeitet. Darüber hinaus führen wir insbesondere mit den großen Beteiligungsgesellschaften regelmäßige Managementgespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung, in denen auch die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben erörtert werden. Sofern Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hindeuten, dass die Buchwerte unserer Beteiligungsgesellschaften in ihrem Wert gemindert sind, führen wir eine Werthaltigkeitsprüfung durch.

SHARED SERVICE

In dieser Kategorie werden insbesondere Sachverhalte aus den Bereichen Personal und IT erfasst.

Der Wettbewerb um qualifiziertes Personal ist besonders in der weiter boomenden Rhein-Main-Region deutlich spürbar. Auch für uns geht es darum, einerseits für potenzielle neue Mitarbeiter als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden und andererseits eigene Mitarbeiter weiter zu entwickeln und der Abwanderung von Leistungsträgern entgegenzuwirken. Zur Mitarbeiterbindung und -entwicklung setzen wir auf eine bedarfsgerechte Personalentwicklung, die aus einem vielfältigen Angebot offener Präsenztrainings und E-Learnings, maßgeschneiderten Teamentwicklungen sowie individuellen Förder- beziehungsweise Entwicklungsprogrammen besteht. Für ein verbessertes Personalmarketing wurde der Arbeitgeberauftritt aufgrund unserer neuen Markenpositionierung grundlegend überarbeitet.

Der demografisch bedingt steigende Bedarf an Nachwuchskräften macht es erforderlich, den Fokus verstärkt auf die betriebliche Ausbildung und das duale Studium zu legen. Zu diesem Zweck wurde die Ausbildung, die bisher in der SWFH stattfand, von uns übernommen.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement sowie die regelmäßige Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit und der damit verbundenen laufenden Optimierungsmaßnahmen bilden einen weiteren wichtigen Bestandteil, unsere Leistungsträger im Unternehmen zu halten.

Im IT-Bereich entstehen Risiken aufgrund einer eingeschränkten Systemverfügbarkeit sowie aus Datenschutz- und Integritätsgründen. Diesen treten wir durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen. Die Aufrechterhaltung und Optimierung der komplexen IT-Systeme werden maßgeblich durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Fachkräfte sowie die kontinuierliche Modernisierung von Hard- und Software erreicht.

RECHT UND COMPLIANCE

Rechtliche Risiken können sich aus veränderter Rechtslage durch Inkrafttreten neuer oder geänderter Gesetze und Verordnungen sowie aus höchstrichterlicher Rechtsprechung ergeben. Änderungen mit Auswirkung auf unser Kerngeschäft haben wir im Abschnitt Rahmenbedingungen dargestellt.

Compliance-rechtlich relevant sind sowohl gesetzliche Vorgaben als auch interne Richtlinien und Verhaltensregeln. Neben den typischerweise bei Compliance angesiedelten Themen wie Korruption, Kartellvergehen und Missachtung von Datenschutz-, Umweltschutz- oder Arbeitssicherheitsbestimmungen werden weitere Themen beobachtet, die Risiken für den Mainova-Verbund bergen können. Dazu gehört das Erarbeiten von Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Insiderhandel und Marktmissbrauch. Um compliance-relevante Sachverhalte zu erkennen, führt das Compliance-Management regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt hieraus konzerneinheitliche Grundsätze und Maßnahmen zu deren Verminderung. Dadurch soll erreicht werden, dass sich Mainova und die für sie handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise ein Verhaltenskodex, eine Geschenkrichtlinie, eine Hinweisgeberrichtlinie und Compliance-Schulungen für Mitarbeiter und Führungskräfte. Zudem wird darauf geachtet, dass für die betroffenen Compliance-Risiken soweit möglich ein hinreichender Versicherungsschutz gewährleistet ist.

SONSTIGE ANGABEN

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess nach §§ 289 Abs. 4 und 315 Abs. 4 HGB

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollen sicherzustellen. Das System beinhaltet Grundsätze, Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige, korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlagen dafür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil unseres Rechnungslegungsprozesses und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer und qualitativer Hinsicht angemessen ausgestattet sind. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen finden regelmäßig analytische Prüfungen statt. Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben.

Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen vor unbefugten Zugriffen geschützt. Soweit es möglich ist, wird Standardsoftware eingesetzt. Erhaltene oder weitergegebene Rechnungslegungsdaten überprüfen wir regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Zudem finden durch die eingesetzte Software programmierte Plausibilitätskontrollen statt.

Der Konzernabschluss wird mithilfe einer SAP-Konsolidierungssoftware erstellt. Die von den einzelnen Gesellschaften nach den konzernweit geltenden Bilanzierungsrichtlinien erstellten Abschlüsse fassen wir bei der Mainova AG zum Konzernabschluss zusammen. Die Mainova AG trägt die Verantwortung für die Betreuung des Konsolidierungssystems, den konzerneinheitlichen Kontenrahmen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Für die Umsetzung dieser Regelungen sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegt bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der Mainova AG. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der internen Revision durch risikoorientierte Prüfungen regelmäßig überwacht.

Der Aufsichtsrat überwacht als übergeordnete Instanz regelmäßig das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystem auf seine Angemessenheit.

Grundzüge des Vergütungssystems für den Vorstand

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem festen Jahresgehalt und einer variablen Vergütung zusammen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente, die zum Teil garantiert ist, sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen.

Die Höhe des festen Jahresgehalts und der Zieltantieme (kurzfristige variable Vergütungskomponente) werden jährlich überprüft. Die jährliche Überprüfung erfolgt anhand eines jährlich durch einen externen Gutachter zu ermittelnden Medianwerts für die Jahresgesamtdirektvergütung. Das feste Jahresgehalt und die Zieltantieme sollen dabei grundsätzlich stets so angepasst werden, dass die Jahresgesamtdirektvergütung insgesamt an den Medianwert vergleichbarer Unternehmen der Branche angeglichen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung der Mainova AG sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen finden hierbei Berücksichtigung. Bedeutet die Anpassung an den Median eine Herabsetzung der Bezüge oder werden die Bezüge durch den Aufsichtsrat gemäß § 87 Abs. 2 S. 1 AktG herabgesetzt, so besteht für den Vorstand ein Sonderkündigungsrecht.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzzielen gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT Mainova-Konzern nach HGB). Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT Mainova-Konzern nach HGB) während des Performancezeitraums. Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Kundenzufriedenheit“ und „Mitarbeiterzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Das zuletzt bestellte Vorstandsmitglied erhält einen monatlichen Beitrag für eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung, die über einen externen Versicherer nach den Regelungen des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung durchgeführt wird. Die weiteren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene haben einen Anspruch auf ein Ruhegehalt beziehungsweise eine Hinterbliebenenversorgung in Form einer Leistungszusage. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der Mainova 35 % des zuletzt bezogenen festen Jahresgehalts garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsansparungen aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der Mainova 45 % des zuletzt bezogenen festen Jahresgehalts. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der Mainova um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Erhöhungen des festen Jahresgehalts ab dem 1. Januar 2018 werden jeweils nur zu 90 % bei der Bestimmung des zuletzt bezogenen festen Jahresgehalts berücksichtigt. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Übernahmerelevante Angaben nach §§ 289a Abs. 1 und 315a Abs. 1 HGB

Aktionärsstruktur:
Stadt Frankfurt 75,22 %
Thüga AG 24,47 %
Streubesitz 0,31 %

Das Grundkapital der Mainova AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 5.499.296 (rund 98,9 %) auf den Namen und 60.704 (rund 1,1 %) auf den Inhaber. Die Inhaberaktien sind zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem AktG. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesellschaft beteiligten Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin SWFH 4.170.002 Namens-Stückaktien und 12.145 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 75,22 %). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Von der Minderheitsaktionärin Thüga Aktiengesellschaft (Thüga), München, werden nach Kenntnis der Gesellschaft 1.329.294 Namens-Stückaktien und 31.216 Inhaber-Stückaktien gehalten (insgesamt rund 24,47 %). Diese Aktien werden der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,31 %). Die SWFH und die Thüga stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarungen ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit diese nicht auf die SWFH übertragen werden. Die Hauptversammlung entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist nicht zur Ausgabe oder zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 unserer Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 Mitbestimmungsgesetz eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 3 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 6,4 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden.

Die Mainova AG hat mit ihren Mitgesellschaftern in der Thüga Holding Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289a Abs. 1 Nr. 8, 315a Abs. 1 Nr. 8 HGB liegt ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder anderweitig keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit beziehungsweise einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Weitere wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen, sind:

Der Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerks am Kraftwerksstandort Irsching. Hierin haben die Vertragsparteien vereinbart, im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH einander zum Kauf anzubieten. Bei einem Ausscheiden aus der Kraftwerksgesellschaft würde die Gesellschaft einen maßgeblichen Teil ihrer Eigenerzeugungskapazität für Strom verlieren.

Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau steht unter dem Vorbehalt der Kündbarkeit für den Fall des Kontrollwechsels.

Der Gesellschaftsvertrag des MHKW sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass bei der Mainova AG oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, ein Kontrollwechsel erfolgt.

Der Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH sieht die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellschafters durch Gesellschafterbeschluss vor, wenn dieser nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG sieht vor, dass die Kommanditisten einen der ihren aus der Gesellschaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Gesellschaftsvertrag der Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG beinhaltet die Möglichkeit, dass die Gesellschafterversammlung den Ausschluss eines Mitgesellschafters beschließen kann, wenn dieser sich nicht mehr überwiegend in kommunalem Eigentum befindet oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der Mainova AG innehat (Kontrollwechsel) oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz oder bei Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die Mainova AG der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der SWFH unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die Mainova AG dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB, die nicht Bestandteil des Lageberichts ist, kann im Internet (www.mainova.de/governance-bericht) eingesehen werden.

ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS DER MAINOVA AG (HGB)

Die Mainova AG, Frankfurt am Main, stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB sowie nach den ergänzenden Vorschriften des AktG und des EnWG auf.

Die Mainova AG ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzerns, da die Ergebnisbeiträge der wesentlichen Tochterunternehmen aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge enthalten sind. Daher treffen die Ausführungen zu den Grundlagen des Konzerns und zu den Rahmenbedingungen im Wirtschaftsbericht grundsätzlich auch auf die Mainova AG zu.

Wirtschaftsbericht der Mainova AG

Ertragslage der Mainova AG

Nachfolgend wird die Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER MAINOVA AG (KURZFASSUNG)

24

Mio. €	2019	2018	Veränderung
Umsatzerlöse	2.280,8	2.092,4	188,4
Bestandsveränderung und aktivierte Eigenleistungen	1,7	2,4	-0,7
Sonstige betriebliche Erträge	49,4	45,6	3,8
Materialaufwand	1.770,5	1.597,9	172,6
Personalaufwand	217,0	206,2	10,8
Abschreibungen	72,2	70,6	1,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	193,3	173,5	19,8
Finanzergebnis	15,9	-12,9	28,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	94,8	79,3	15,5
Steuern	32,0	24,3	7,7
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	62,8	55,0	7,8
Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0

Das EBT von 94,8 Mio. Euro lag um 15,5 Mio. Euro deutlich über dem Vorjahr und dem Plan, der von einem nur moderaten Ergebnisanstieg ausgegangen ist.

Das EBT der Mainova AG nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

SEGMENTERGEBNISSE DER MAINOVA AG

25

Mio. €	2019	2018	Veränderung
Stromversorgung	8,3	-1,3	9,6
Gasversorgung	62,4	57,9	4,5
Erzeugung und Fernwärme	17,9	4,3	13,6
Erneuerbare Energien/ Energiedienstleistungen	5,8	5,5	0,3
Wasserversorgung	1,8	6,0	-4,2
Beteiligungen	5,4	13,2	-7,8
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	-6,8	-6,3	-0,5
	94,8	79,3	15,5

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Segmenten entsprach im Wesentlichen den in der Ertragslage des Konzerns dargestellten Entwicklungen der bereinigten Segmentergebnisse. Im Gegensatz zum Konzern war das Segmentergebnis in der Gasversorgung jedoch durch einen positiven Sonder-effekt aus einer Rückstellungsauflösung im Jahr 2019 beeinflusst, sodass ein Ergebnisanstieg zu verzeichnen war.

Das Ergebnis im Segment Beteiligungen ist grundsätzlich nicht mit dem Konzernabschluss vergleichbar, da in der Mainova AG die vereinnahmten Ausschüttungen anstatt der anteiligen Jahresergebnisse enthalten sind. Ursache für den Rückgang des Segmentergebnisses war bei konstanten Ausschüttungen eine außerplanmäßige Abschreibung auf eine Beteiligung.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

UMSATZERLÖSE DER MAINOVA AG

26

Mio. €	2019	2018	Veränderung
Strom	1.180,1	1.054,0	126,1
Gas	497,1	463,4	33,7
Wärme, Dampf, Kälte	164,2	156,7	7,5
Wasser	87,3	84,1	3,2
Sonstige	352,1	334,2	17,9
	2.280,8	2.092,4	188,4

Im Stromgeschäft war eine Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Der gestiegene Stromverkauf resultierte im Wesentlichen aus Mengenzuwächsen im Standardkundengeschäft, vor allem außerhalb unseres Netzgebiets. Auch bei den Gas-erlösen führte ein verbessertes Standardkundengeschäft zu einer Umsatzerhöhung. Die Erlöse aus Strom- und Gashandel lagen ebenfalls über dem Niveau des Vorjahres. Die Erlöse im Wärmegeschäft erhöhten sich durch gestiegene Kundenanschlüsse sowie die kältere Witterung ab dem zweiten Quartal 2019. Der Zuwachs der Wassererlöse resultierte aus Preiseffekten. In den sonstigen Erlösen war die Veräußerung von Emissionsrechten im Jahr 2019 enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich insbesondere durch gestiegene zinsbedingte Zuschreibungen auf Finanzanlagen erhöht.

Der Materialaufwand betraf überwiegend den Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserbezug, die Kosten für den Einsatz von Primärenergie in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Die Erhöhung war auf gestiegene Strom- und Gasbezugskosten sowie Netznutzungsentgelte zurückzuführen.

Der Anstieg des Personalaufwands war mehrheitlich durch tariflich bedingte Gehaltsanpassungen verursacht. Darüber hinaus führten der Aufbau von Mitarbeitern sowie die Übernahme von Auszubildenden zu einer weiteren Erhöhung.

Für die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind neben einer Vielzahl von Einzeleffekten die Zuführung zur Rückstellung für Altlasten sowie gestiegene Konzessionsabgaben mit insgesamt 12,6 Mio. Euro verantwortlich.

Das Finanzergebnis betrug 15,9 Mio. Euro und hat sich damit im Vorjahresvergleich um 28,8 Mio. Euro erhöht. Dies resultierte im Wesentlichen aus der um 33,8 Mio. Euro höheren Ergebnisabführung der NRM sowie aus der erstmaligen Gewinnabführung der Energy Air in Höhe von 4,5 Mio. Euro. Gegenläufig war ein Anstieg der Abschreibungen auf Finanzanlagen um 12,3 Mio. Euro zu verzeichnen.

Die Steuern erhöhten sich ergebnisbedingt.

Vermögenslage der Mainova AG

Die Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung) stellt sich wie folgt dar:

BILANZ DER MAINOVA AG (KURZFASSUNG) 27

Mio. €	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	923,3	889,5	33,8
Finanzanlagen	273,8	256,1	17,7
Anlagevermögen	1.197,1	1.145,6	51,5
Vorräte	30,0	27,6	2,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	310,3	303,0	7,3
Übrige Vermögensgegenstände	1,9	2,2	-0,3
Umlaufvermögen	342,2	332,8	9,4
	1.539,3	1.478,4	60,9
Passiva			
Eigenkapital	356,7	356,7	-
Erhaltene Zuschüsse	261,6	196,7	64,9
Rückstellungen	292,2	284,6	7,6
Verbindlichkeiten	628,8	640,4	-11,6
	1.539,3	1.478,4	60,9

Der Anstieg der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist insbesondere durch die Investitionen in Netze mit Schwerpunkt auf dem Stromnetz im Frankfurter Osten und Norden verursacht. Die Finanzanlagen haben sich im Wesentlichen durch den Erwerb der Anteile an der Energy Air, die neu gegründete Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG sowie diverse Ausleihungen an verbundene Unternehmen erhöht. Der leichte Anstieg des Umlaufvermögens entfiel im Wesentlichen auf die Forderungen gegen verbundene Unternehmen.

Auf der Passivseite führte der geänderte Ausweis der erhaltenen Anzahlungen auf Baukostenzuschüsse zu einer Erhöhung der erhaltenen Zuschüsse sowie zu einer Reduzierung der Verbindlichkeiten um 55,3 Mio. Euro. Zudem verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch planmäßige Tilgungen um 28,8 Mio. Euro. Gegenläufig wirkten sich die um 31,5 Mio. Euro gestiegenen Verbindlichkeiten aus Cash Pooling und die um 29,1 Mio. Euro gestiegenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aus.

Finanzlage der Mainova AG

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Cashflows gegenüber dem Vorjahr:

KAPITALFLUSSRECHNUNG DER MAINOVA AG 28

Mio. €	2019	2018	Veränderung
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	114,6	147,7	-33,1
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-115,5	-87,2	-28,3
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-62,2	-72,5	10,3
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-63,1	-12,0	-51,1
Finanzmittelfonds	-247,1	-184,0	-63,1

Ursächlich für den Rückgang des positiven Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit sind im Wesentlichen höhere Forderungen aus Gewinnabführung gegen verbundene Unternehmen. Die höheren Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit waren insbesondere durch die gestiegenen Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bedingt. Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit resultierte wie im Vorjahr insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der Tilgung von Krediten. Die gesunkenen Auszahlungen wurden durch eine geringere Gewinnabführung verursacht.

Der Finanzmittelfonds setzte sich aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (49,5 Mio. Euro; Vorjahr 54,8 Mio. Euro) abzüglich den Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung (296,6 Mio. Euro; Vorjahr 238,8 Mio. Euro) zusammen. Die Forderungen aus der Konzernfinanzierung entfielen vollständig auf die bei der SWFH im Rahmen des Cash Pooling angelegten Tagesgelder. Bei den Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung handelte es sich um Tagesgeldanlagen von verbundenen Unternehmen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht der Mainova AG

Die im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns getroffenen Aussagen beziehen sich auch auf die Mainova AG. Da der Konzern im Wesentlichen durch die Mainova AG geprägt wird, unterliegen beide Abschlüsse den gleichen Einflüssen sowie Chancen und Risiken.

Für die Mainova AG planen wir mit einem moderat unter dem Vorjahr liegenden EBT. Die Entwicklung in den Segmenten wird dabei in etwa der des Konzernabschlusses entsprechen.

Die für das Jahr 2020 geplanten Investitionen der Mainova AG belaufen sich auf rund 143 Mio. Euro. Die Verteilung auf Segmente entspricht im Wesentlichen der im Prognosebericht des Konzerns aufgeführten Aufteilung.

Wir erwarten, dass unsere Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit im Jahr 2020 auf Höhe der letzten Erhebung liegen.

Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b EnWG

Gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 des EnWG ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung sowie den Betrieb von Flüssiggas (LNG-Anlagen). Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen.

Entsprechend dieser Berichtspflicht führen wir in der internen Rechnungslegung der Mainova jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Auf dieser Grundlage werden für die Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellt.

Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der Mainova AG wurden von den Erlösen aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die NRM sowie von der Abführung des Ergebnisses der NRM bestimmt. Den Aufwendungen aus Konzessionsabgabe (sonstige betriebliche Aufwendungen) standen Erträge aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgabe an die NRM (Umsatzerlöse) gegenüber.

Der Tätigkeitsbereich Stromverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 6,6 Mio. Euro (Vorjahr Jahresfehlbetrag 11,7 Mio. Euro) aus. Die Veränderung ist einerseits auf das im Gegensatz zum Vorjahr positive Ergebnis der NRM und gegenläufig auf die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und der Personalkosten zurückzuführen. Auf der Aktivseite der Bilanz erhöhten sich die Sachanlagen aufgrund gestiegener Investitionen um 35,7 Mio. Euro. Auf der Passivseite war insbesondere ein Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 26,6 Mio. Euro und der empfangenen Ertragszuschüsse um 8,1 Mio. Euro zu verzeichnen.

Der Tätigkeitsbereich Gasverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 28,1 Mio. Euro (Vorjahr 24,1 Mio. Euro) aus. Die Veränderung ist hauptsächlich auf ein deutlich höheres Ergebnis aus Finanzanlagen bei gestiegenem Steueraufwand zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Sachanlagen um 3,4 Mio. Euro sowie die Ausleihungen an verbundenen Unternehmen um 1,9 Mio. Euro. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen verminderten sich um 7,6 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind aufgrund planmäßiger Tilgungen um 5,5 Mio. Euro gesunken. Des Weiteren erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 1,8 Mio. Euro und die sonstigen Verbindlichkeiten um 0,8 Mio. Euro.

Frankfurt am Main, den 9. März 2020



Dr. Alsheimer



Breidenbach



Rauhut

Bilanz

zum 31. Dezember 2019

BILANZ

29

Tsd. €	Anhang	31.12.2019	31.12.2018
Aktiva			
A. Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		26.393	30.265
Sachanlagen		896.871	859.237
Finanzanlagen		273.820	256.087
		1.197.084	1.145.589
B. Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	29.996	27.576
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	310.241	303.034
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(4)	47	36
		340.284	330.646
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	1.894	2.208
Summe Aktiva		1.539.262	1.478.443
Passiva			
A. Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(6)	142.336	142.336
Kapitalrücklage	(7)	207.083	207.083
Gewinnrücklagen	(7)	7.260	7.260
		356.679	356.679
B. Erhaltene Zuschüsse		261.618	196.722
C. Rückstellungen	(8)	292.253	284.576
D. Verbindlichkeiten	(9)	627.756	638.835
E. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	956	1.631
Summe Passiva		1.539.262	1.478.443

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

30

Tsd. €	Anhang	2019	2018
Umsatzerlöse	(13)	2.280.753	2.092.413
Bestandsveränderung		-224	116
Andere aktivierte Eigenleistungen		2.013	2.189
Sonstige betriebliche Erträge	(14)	49.442	45.646
Materialaufwand	(15)	1.770.530	1.597.944
Personalaufwand	(16)	217.018	206.171
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(17)	72.218	70.607
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	193.254	173.462
Ergebnis aus Finanzanlagen	(19)	25.494	-619
Zinsergebnis	(20)	-9.618	-12.261
Ergebnis vor Steuern (EBT)		94.840	79.300
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(21)	25.558	18.061
Ergebnis nach Steuern		69.282	61.239
Sonstige Steuern		6.484	6.195
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		62.798	55.044
Jahresüberschuss		-	-

Anhang

für das Geschäftsjahr 2019

1. ALLGEMEINES

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der Mainova Aktiengesellschaft (Mainova) wird gemeinsam mit den Abschlüssen der verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 40464) einbezogen, die einen Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) aufstellt, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Zudem wird der Konzernabschluss der Mainova Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 7173) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 e Abs. 1 (HGB) zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt und veröffentlicht.

Seit dem 1. Januar 2001 besteht zwischen der Mainova und der SWFH ein Ergebnisabführungsvertrag. In dem Vertrag wurde vereinbart, dass an den Gesellschafter Thüga Aktiengesellschaft (Thüga), eine Ausgleichszahlung zu leisten ist.

Aufstellung des Jahresabschlusses

Die Aufstellung des Jahresabschlusses der Mainova zum 31. Dezember 2019 erfolgt nach den Vorschriften des HGB, den Sondervorschriften des Aktiengesetzes (AktG) und den wirtschaftszweigspezifischen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Formale Darstellung

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zur verbesserten Darstellung der Vermögenslage werden die erhaltenen Anzahlungen auf Baukostenzuschüsse seit dem Jahr 2019 unter den erhaltenen Zuschüssen ausgewiesen. Vormalig erfolgte ein Ausweis unter den sonstigen Verbindlichkeiten. Zur Klarheit der Darstellung werden in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierung und Bewertung

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt zwischen 4 und 20 Jahren.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten, angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist.

Erhaltene Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt.

Sachanlagen, die ab dem 1. Januar 2010 aktiviert wurden, werden linear abgeschrieben. Abschreibungen auf Sachanlagen, die vor dem 1. Januar 2010 aktiviert wurden, werden handelsrechtlich grundsätzlich in steuerlich höchstzulässigem Umfang unter Berücksichtigung des Beibehaltungswahlrechts gemäß Artikel 67 Abs. 4 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) vorgenommen. Zinsen für Fremdkapital, das zur Finanzierung der Herstellung eines Vermögensgegenstands verwendet wird, werden nicht angesetzt.

Die planmäßigen Abschreibungen der wichtigsten Posten des Sachanlagevermögens werden nach folgenden Nutzungsdauern bemessen:

NUTZUNGSDAUERN DER SACHANLAGEN

31

	<i>Jahre</i>
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	10 – 50
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	10 – 50
Verteilungsnetze	15 – 60
Hausanschlüsse	20 – 40
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 – 20

Sofern in Vorjahren aufgrund einer dauerhaften Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden, wird der niedrigere Wertansatz beibehalten, bis die Gründe dafür entfallen sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 250 und 1.000 Euro liegen, werden in einem Sammelposten erfasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung linear über fünf Jahre abgeschrieben. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter 250 Euro werden direkt als Aufwand erfasst.

Unter den Finanzanlagen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen zu Anschaffungskosten oder bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Anhand qualitativer und quantitativer Kriterien wird untersucht, ob die Wertminderung voraussichtlich dauernd ist. Auf das Wahlrecht, Finanzanlagen auch bei nicht dauerhafter Wertminderung

abzuschreiben, wird verzichtet (§ 253 Abs. 3 Satz 6 HGB). Zur Ermittlung der Wertminderung wird das Discounted-Cashflow-Verfahren herangezogen. Die dabei verwendeten Zahlungsströme beruhen auf den Mehrjahresplanungen der jeweiligen Gesellschaften, die mit Annahmen über langfristige Wachstumsraten fortgeschrieben werden. Wenn der Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows den Buchwert der Finanzanlage unterschreitet, liegt eine Wertminderung vor. Der Zinssatz wird beteiligungsspezifisch unter Aufschlag einer Marktrisikoprämie von 8,0% und Verwendung eines geschäftsspezifischen Betafaktors zwischen 0,82 und 1,02 ermittelt. Hierzu wurde ein risikoloser Zinssatz von 0,1% zugrunde gelegt. Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert.

Vorräte werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens bewertet.

Unentgeltlich zugeteilte Emissionsrechte werden mit null Euro und erworbene Emissionsrechte zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Für eine etwaige Unterdeckung am Stichtag wird eine Rückstellung in Höhe des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag für zusätzlich benötigte Emissionsrechte gebildet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bewertet. Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden werden mit den zwischen dem letzten Abrechnungszeitpunkt und dem Bilanzstichtag hochgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verrechnet. Das Hochrechnungsverfahren berücksichtigt das Verbrauchsverhalten der Vergangenheit, die historischen Temperaturverläufe beziehungsweise Gradtagszahlen und kundenindividuelle Verbrauchseinschätzungen. Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend abgezinst, soweit diese niedrig- oder unverzinslich sind.

Die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert bewertet.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind transitorische Posten ausgewiesen, das heißt Ausgaben beziehungsweise Einnahmen, die Aufwand beziehungsweise Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen werden zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit zu einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden, werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen, soweit die zuzuordnenden Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion nach dem Abschlussstichtag anfallen.

Das Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern wurde nicht in Anspruch genommen.

Das gezeichnete Kapital wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Erhaltene Zuschüsse, wie Baukostenzuschüsse und Netzkostenbeiträge, werden abhängig von ihrem Entstehungszeitpunkt wie folgt behandelt:

- Die bis zum Jahr 2002 erhaltenen Zuschüsse wurden gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über 20 Jahre linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- Aufgrund der ab 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften wurden erhaltene Zuschüsse ab diesem Zeitpunkt bis einschließlich 2009 von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt und im Anlagespiegel als Abgänge ausgewiesen.
- Seit dem 1. Januar 2010 werden die erhaltenen Zuschüsse wieder gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- Gemäß dem Pachtvertrag mit der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) und energierechtlichen Vorschriften wurden ab dem 1. Januar 2006 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM vereinnahmt und verbleiben dort bis zur Auflösung. Gemäß der Abtretungsvereinbarung mit der NRM werden ab dem 1. Januar 2010 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM an Mainova abgetreten und bei Mainova passiviert.

Davon ausgenommen sind Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand. Diesbezüglich verweisen wir auf die Angaben zum Sachanlagevermögen.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. In diesem Betrag sind zukünftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Mit Ausnahme der Pensionsrückstellungen werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode passiviert. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 2,71 % (Vorjahr 3,20 %) abgezinst. Der Unterschiedsbetrag aus der im Jahr 2016 erfolgten Änderung des Zeitraums für die Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinssatzes von sieben auf zehn Jahre wird unter Angabe (8) in den Erläuterungen zur Bilanz in Abschnitt 2 angegeben. Der berücksichtigte Gehaltstrend sowie der Rententrend betragen wie im Vorjahr 2,00 %.

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden ein Rechnungszins in Höhe von 0,58 % (Vorjahr 0,82 %) für abgeschlossene Altersteilzeitverträge mit einer mittleren Restlaufzeit von einem Jahr und 0,64 % (Vorjahr 0,88 %) für potenzielle Altersteilzeitanwärter mit einer mittleren Restlaufzeit von zwei Jahren sowie wie im Vorjahr ein Gehaltstrend in Höhe von 2,00 % zugrunde gelegt. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3) des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. werden die Aufstockungsbeträge für potenzielle Anwärter ratierlich über die Laufzeit angesammelt.

Die Basis für die versicherungsmathematischen Ermittlungen sind wie im Vorjahr jeweils die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. K. Heubeck.

Zur Gewährung einer betrieblichen Altersversorgung sind alle tariflichen Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert. Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Der Umlagesatz der ZVK, Frankfurt am Main, beläuft sich auf 6,00 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,60 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,40 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber ein steuerfreies Sanierungsgeld in Höhe von 3,50 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über dem tariflich festgesetzten Grenzwert liegt, eine zusätzliche Umlage in Höhe von 9,00 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse für einen weiteren Anstieg des Sanierungsgelds vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen können. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung ausgewiesen. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis hat Mainova keine Verpflichtungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der ZVK im Jahresabschluss passiviert. Mainova ist gemeinsam mit den übrigen Mitgliedsunternehmen verpflichtet, die bereits aufgelaufenen, nicht durch Vermögen gedeckten sowie die künftig hinzukommenden Verpflichtungen zu finanzieren.

Die Jubiläumsrückstellungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode angesetzt. Die Rückstellung wurde unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregel gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit einem Zinssatz von 1,96 % (Vorjahr 2,32 %) und wie im Vorjahr mit einem jährlichen Einkommenstrend von 2,00 % ermittelt.

Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden für langfristige Energiebeschaffungs- oder -vertriebsgeschäfte angesetzt und mit dem aus den vergangenen sieben Jahren ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz, der von der Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst. Ein schwebendes Geschäft liegt vor, wenn ein verpflichtender Vertrag rechtswirksam geschlossen wurde, der auf einen Leistungsaustausch gerichtet ist und die Lieferung beziehungsweise Leistung noch nicht vollständig erbracht wurde. In diesem Zusammenhang ist eine Rückstellung für drohende Verluste zu bilden, wenn ein Verpflichtungsüberschuss zu erwarten ist. Die voraussichtlich anfallenden Aufwendungen sind zu Vollkosten zu bewerten und die Rückstellung zum Erfüllungsbetrag anzusetzen. Dabei werden Einschätzungen zur zukünftigen Entwicklung auf den Energiemärkten getroffen. Die Angemessenheit dieser Einschätzungen beruht auf externen Markteinschätzungen.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

2. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung sind im Anlagespiegel dargestellt. Wir verweisen auf die Anlage 1 zum Anhang.

Dem Anhang ist eine Beteiligungsliste (Anlage 2 zum Anhang) beigefügt, die gemäß § 285 Nr. 11 HGB die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen des HGB (Anteil am Kapital, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

(2) Vorräte

VORRÄTE	32
Tsd. €	31.12.2019 31.12.2018
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	29.264 26.649
Unfertige und fertige Leistungen und Erzeugnisse	732 927
	29.996 27.576

Die kumulierten Gängigkeitsabschläge auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen zum Stichtag insgesamt 7,0 Mio. Euro (Vorjahr 6,8 Mio. Euro).

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	33
Tsd. €	31.12.2019 31.12.2018
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	809.167 795.329
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	-566.871 -551.711
	242.296 243.618
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	46.427 30.849
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.683 14.296
Sonstige Vermögensgegenstände	13.835 14.271
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	4 4
	310.241 303.034

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit 726,0 Mio. Euro (Vorjahr 695,5 Mio. Euro) abgrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmelieferungen zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen hierauf geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen gliedern sich wie folgt:

FORDERUNGEN GEGEN VERBUNDENE UNTERNEHMEN

34

Tsd. €	31.12.2019	31.12.2018
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		
Forderungen aus Cash Pooling gegen Tochterunternehmen	16.273	47.928
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.234	-348
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsverträgen	21.920	-16.731
	46.427	30.849

Von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren 7,6 Mio. Euro (Vorjahr 13,4 Mio. Euro) aus Lieferungen und Leistungen sowie 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,9 Mio. Euro) aus der Ergebnisabführung.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind verschiedene Abgrenzungen gegenüber Lieferanten, Rückforderungen aus Umlagen sowie geleistete Anzahlungen enthalten.

(4) Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

KASSENBESTAND UND GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN

35

Tsd. €	31.12.2019	31.12.2018
Guthaben bei Kreditinstituten	45	35
Kassenbestand	2	1
	47	36

Im Rahmen des konzernweiten Cash Poolings werden liquide Mittel von Mainova täglich an die SWFH abgeführt. Zum Bilanzstichtag waren 49,5 Mio. Euro (Vorjahr 54,8 Mio. Euro) bei der SWFH angelegt, die im Rahmen der Saldierung unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen werden.

(5) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich im Wesentlichen um Vorauszahlungen aus Wartungs-, Lizenz- und Pachtverträgen sowie Aufwendungen aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden.

(6) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 142,3 Mio. Euro. Es ist eingeteilt in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien; davon lauten 5.499.296 auf den Namen und 60.704 auf den Inhaber. Somit entfällt auf jede Stückaktie ein Betrag in Höhe von 25,60 Euro.

(7) Rücklagen

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 207,1 Mio. Euro. Bei der Gewinnrücklage handelt es sich um die gesetzliche Rücklage nach § 150 AktG.

(8) Rückstellungen

RÜCKSTELLUNGEN

36

Tsd. €	31.12.2019	31.12.2018
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	63.474	59.286
Steuerrückstellungen	1.850	1.862
Sonstige Rückstellungen	226.929	223.428
davon Personalarückstellungen	26.256	24.701
davon Umweltrückstellungen	76.908	66.669
davon rechtliche Risiken	8.577	8.726
davon übrige Rückstellungen	115.188	123.332
	292.253	284.576

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ergibt sich durch die Umstellung des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes nach § 253 Abs. 6 HGB ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 9,2 Mio. Euro. Ergebnisabführungsgesperrte Beträge liegen bei der Gesellschaft nicht vor.

In den Personalarückstellungen sind insbesondere Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, Urlaubs- und Gleitzeitansprüche, Erfolgsbeteiligung und Jubiläen enthalten.

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben.

Bei den Rückstellungen für rechtliche Risiken handelt es sich um mehrere Einzelrisiken, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme unsicher ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt.

Die übrigen Rückstellungen setzen sich aus einer Vielzahl von Einzelvorgängen insbesondere für ausstehende Rechnungen sowie drohende Verluste zusammen.

(9) Verbindlichkeiten**VERBINDLICHKEITEN**

37

Tsd. €	31.12.2019				31.12.2018			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	davon über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	davon über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26.006	7.602	18.404	1.673	54.785	28.376	26.409	3.067
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	16.185	16.185	–	–	16.185	16.185	–	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	179.740	179.740	–	–	150.616	150.616	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	327.585	327.585	–	–	288.828	288.828	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.957	14.957	–	–	20.162	20.162	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	63.283	60.076	3.207	2.140	108.259	108.259	–	–
davon aus Steuern	35.455	35.455	–	–	34.166	34.166	–	–
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	14	14	–	–	8	8	–	–
	627.756	606.145	21.611	3.813	638.835	612.426	26.409	3.067

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 6,4 Mio. Euro (Vorjahr 17,6 Mio. Euro) mit einer Negativklausel belegt und 19,6 Mio. Euro (Vorjahr 37,1 Mio. Euro) mit Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Darlehen wurden in Höhe von 28,7 Mio. Euro (Vorjahr 15,2 Mio. Euro) getilgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ergeben sich wie folgt:

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

38

Tsd. €	31.12.2019	31.12.2018
Verbindlichkeiten gegenüber SWFH		
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsvertrag	62.798	55.044
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Verrechnungen	19.165	18.596
Forderungen aus Cash Pooling einschließlich Stadtkasse	–49.490	–54.824
Forderungen aus Umsatzsteuer	–7.143	–2.639
Forderungen aus Ertragsteuern	–5.618	–9.715
	19.712	6.462
Übrige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
Verbindlichkeiten aus Cash Pooling gegenüber Tochterunternehmen	312.925	286.803
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	362	163
Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen	–5.414	–4.600
	307.873	282.366
	327.585	288.828

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, handelt es sich in voller Höhe um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr 21,1 Mio. Euro). Zudem waren im Vorjahr mit den Verbindlichkeiten verrechnete Forderungen aus dem Finanzverkehr in Höhe von 0,9 Mio. Euro enthalten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten folgende Einzelpositionen:

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		31.12.2019	31.12.2018
Tsd. €			
Verbindlichkeiten aus Steuern	35.455	34.166	
Erhaltene Sicherheiten von Kunden	9.993	8.604	
Darlehen von sonstigen Darlehensgebern	1.067	1.067	
Erhaltene Anzahlungen auf Zuschüsse	–	44.121	
Übrige	16.768	20.301	
	63.283	108.259	

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind keine mit einer Negativklausel belegt.

(10) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält überwiegend erhaltene Vorauszahlungen für zu erbringende Bauleistungen im Rahmen der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung.

(11) Haftungsverhältnisse

Die Haftungsverhältnisse setzen sich wie folgt zusammen:

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE		2019		2018	
Tsd. €	<i>Nominalbetrag</i>	<i>Valuta</i>	<i>Nominalbetrag</i>	<i>Valuta</i>	
Bürgschaften	28.494	6.953	28.364	9.285	
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	5.425	2.932	5.295	3.250	
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	23.069	4.021	23.069	6.035	
Gewährleistungsverträge	442.500	361.500	442.500	385.500	
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	442.500	361.500	442.500	385.500	
	470.994	368.453	470.864	394.785	

Die Bürgschaften entfallen wie im Vorjahr im Wesentlichen auf die Beteiligung an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH.

Wie im Vorjahr stehen die Gewährleistungsverträge im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA. Für die von der Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH in diesem Zusammenhang aufgenommenen Darlehen hat Mainova den Schuldbeitritt erklärt.

Auf Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die Mainova derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldnern erfüllt werden können. Daher schätzt die Mainova bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

(12) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen im branchenüblichen Umfang und setzen sich wie folgt zusammen:

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

41

Tsd. €	31.12.2019				31.12.2018			
	Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit			Gesamt- betrag	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre		bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	1.031.414	684.922	343.500	2.992	847.644	526.099	310.824	10.721
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	6.296	6.296	–	–	12.849	12.849	–	–
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	25.343	13.351	10.688	1.304	19.333	13.146	4.812	1.375
Verpflichtungen aus dem Erwerb von Emissionsrechten	17.052	11.745	5.307	–	10.277	6.423	3.854	–
Verpflichtungen aus Großrevisionen	11.630	1.291	4.339	6.000	–	–	–	–
Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich	1.000	1.000	–	–	2.716	2.716	–	–
	1.092.735	718.605	363.834	10.296	892.819	561.233	319.490	12.096

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen entfallen 2,0 Mio. Euro (Vorjahr 2,1 Mio. Euro) auf verbundene Unternehmen und 155,5 Mio. Euro (Vorjahr 180,9 Mio. Euro) auf assoziierte Unternehmen. Die Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich entfallen in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr 2,7 Mio. Euro) auf assoziierte Unternehmen.

3. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(13) Umsatzerlöse

UMSATZERLÖSE 42

Tsd. €	2019	2018
Stromverkauf	1.143.508	1.049.648
Stromsteuer	- 113.025	- 106.112
Stromverkauf gesamt	1.030.483	943.536
Stromhandel	149.628	110.476
Strom gesamt	1.180.111	1.054.012
Erdgasverkauf	463.218	448.884
Erdgassteuer	- 47.388	- 46.654
Erdgasverkauf gesamt	415.830	402.230
Erdgashandel	81.316	61.151
Erdgas gesamt	497.146	463.381
Wärme-, Dampf- und Kälteverkauf	164.161	156.671
Wasserverkauf	87.258	84.117
Pachterlöse	65.018	66.090
Materialverkauf, Installationen, sonstige Leistungen und Konzernverrechnungen	273.936	255.404
Auflösung erhaltener Ertragszuschüsse	13.123	12.738
	2.280.753	2.092.413

In den Umsatzerlösen sind in Summe periodenfremde Erlöse in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr 4,9 Mio. Euro) enthalten.

(14) Sonstige betriebliche Erträge

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

43

Tsd. €	2019	2018
Periodenfremde Erträge		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	32.424	23.522
Erträge aus der Zuschreibung von Finanzanlagen	8.583	4.048
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	2.758	2.087
Erträge aus Anlagenabgängen	466	382
Übrige periodenfremde Erträge	1.817	2.260
	46.048	32.299
Übrige Erträge	3.394	13.347
	49.442	45.646

(15) Materialaufwand

MATERIALAUFWAND

44

Tsd. €	2019	2018
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.704.302	1.536.308
Aufwendungen für bezogene Leistungen	66.228	61.636
	1.770.530	1.597.944

Im Materialaufwand sind in Summe periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 4,9 Mio. Euro (Vorjahr 2,2 Mio. Euro) enthalten.

(16) Personalaufwand

PERSONALAUFWAND

45

Tsd. €	2019	2018
Löhne und Gehälter	169.923	161.707
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	47.095	44.464
davon für Altersversorgung	15.349	14.684
	217.018	206.171

Im Durchschnitt des Berichtsjahres beschäftigte Mainova 2.571 (Vorjahr 2.537) Arbeitnehmer, davon waren 1.968 Männer (Vorjahr 1.943) und 603 Frauen (Vorjahr 594).

Bei den Aufwendungen für Altersversorgung handelt es sich im Wesentlichen um ZVK-Umlagen. Im Jahr 2020 werden Beiträge zur ZVK in Höhe von 15,6 Mio. Euro erwartet.

Im Personalaufwand sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Aufwendungen enthalten.

(17) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Im Jahr 2019 wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro vorgenommen.

(18) Sonstige betriebliche Aufwendungen

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

46

Tsd. €	2019	2018
Konzessionsabgabe	55.414	49.666
Leistungsverrechnung Konzerngesellschaften	44.596	42.191
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	38.400	30.468
Übrige	54.844	51.137
	193.254	173.462

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 3,0 Mio. Euro (Vorjahr 1,7 Mio. Euro Ertrag) enthalten.

(19) Ergebnis aus Finanzanlagen

ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN

47

Tsd. €	2019	2018
Erträge aus Beteiligungen	12.791	12.966
davon aus verbundenen Unternehmen	2.808	4.045
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	24.491	12.392
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	508	399
davon aus verbundenen Unternehmen	373	309
Abschreibungen auf Finanzanlagen	12.296	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	26.376
	25.494	-619

Bei den Abschreibungen auf Finanzanlagen handelt es sich um außerplanmäßige Abschreibungen.

(20) Zinsergebnis**ZINSERGEBNIS**

48

Tsd. €	2019	2018
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	975	497
davon aus verbundenen Unternehmen	25	22
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.593	12.758
davon an verbundene Unternehmen	106	38
	-9.618	-12.261

Im Zinsergebnis sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Sachverhalte enthalten.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 9,5 Mio. Euro (Vorjahr 10,5 Mio. Euro).

(21) Steuern

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

STEUERN

49

Tsd. €	2019	2018
Körperschaftsteuer		
Körperschaftsteuerumlage von der SWFH	10.738	6.921
Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre	2.437	2.437
	13.175	9.358
Gewerbsteuer		
Gewerbsteuerumlage von der SWFH	12.383	8.703
	12.383	8.703
	25.558	18.061

4. GESCHÄFTE GRÖßEREN UMFANGS, DIE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN DER MAINOVA GETÄTIGT WURDEN

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die Mainova beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von Mainova beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, werden nachfolgend angegeben.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über den Mehrheitsgesellschafter SWFH ist Mainova ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält die Mainova Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Dazu gehören neben der Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die SWFH sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die Thüga und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie die Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen der Mainova.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen sind bei der Mainova der Vorstand und der Aufsichtsrat anzusehen.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Geschäfte, die mit nahestehenden Unternehmen getätigt wurden:

GESCHÄFTE MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN

50

Tsd. €	SWFH sowie deren Tochterunternehmen, Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochterunternehmen ¹		Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen der SWFH und der Stadt Frankfurt am Main		Thüga und deren Tochterunternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		Tochterunternehmen der Mainova ¹		Gemeinschaftsunternehmen der Mainova		Assoziierte Unternehmen der Mainova ¹	
	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018
Energie- und Wasserlieferungen												
Umsatzerlöse	108.328	99.117	8.194	7.506	57.518	43.035	85.338	49.517	5.793	6.951	65.634	67.212
Materialaufwand	24	31	9.443	7.701	240.528	218.753	252.128	244.464	16.293	14.401	211.254	241.183
Forderungen	39.706	37.210	612	802	7	2	41.390	36.147	361	540	3.574	10.467
Verbindlichkeiten	19.413	19.168	233	–	4.653	5.735	85.646	54.790	505	1.560	14.381	19.579
Sonstiges												
Erträge	36.571	35.190	49	43	9	5	290.620	268.482	10.228	6.233	6.540	6.952
Aufwendungen	144.558	125.397	70	17	591	822	80.773	101.910	951	874	940	708
Forderungen	–	–	–	–	305	562	109.047	78.709	48	281	3.448	857
Verbindlichkeiten	21.418	3.827	2.454	1.534	300	300	308.782	311.709	4	3.637	5.483	1.961

¹ Angaben gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Die sonstigen Aufwendungen und Verbindlichkeiten gegenüber der SWFH beinhalten die Gewinnabführung gemäß Ergebnisabführungsvertrag mit der SWFH vom 29. August 2001. Der Vertrag hatte ursprünglich eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2006 und verlängert sich um jeweils ein Jahr, falls er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Im Materialaufwand mit der Thüga und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen ist im Wesentlichen der Strom- und Gasbezug enthalten. Bei dem Materialaufwand mit Tochterunternehmen handelt es sich insbesondere um Netzdienstleistungen. Der Materialaufwand mit assoziierten Unternehmen beinhaltet vor allem den Gasbezug.

Die sonstigen Erträge mit Tochterunternehmen bestehen insbesondere aus Netzpacht, Personalgestellung und sonstigen Verrechnungen. In den sonstigen Erträgen und Aufwendungen mit Tochterunternehmen sind ferner die Beteiligungserträge und Ergebnisübernahmen im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen sowie Zinserträge und -aufwendungen enthalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Tochterunternehmen resultieren im Wesentlichen aus dem Cash Pooling.

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

Zur Besicherung der Darlehen der Mainova hat die Stadt Frankfurt am Main Bürgschaften in Höhe von 19,6 Mio. Euro (Vorjahr 37,1 Mio. Euro) abgegeben. Negativklauseln wurden in Höhe von insgesamt 6,4 Mio. Euro (Vorjahr 17,6 Mio. Euro) geleistet.

5. SONSTIGE ANGABEN

Honorar des Abschlussprüfers

Das von dem Abschlussprüfer, der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC), im Vorjahr KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), berechnete Honorar setzt sich wie folgt zusammen:

Tsd. €	<i>Januar bis Dezember 2019</i>	<i>Januar bis Dezember 2018</i>
Abschlussprüfungsleistungen	367	372
Andere Bestätigungsleistungen	26	65
Steuerberatungsleistungen	22	0
Sonstige Leistungen	91	93

In den Abschlussprüfungsleistungen ist kein Aufwand für Vorperioden enthalten (Vorjahr 12 Tsd. Euro).

Die anderen Bestätigungsleistungen betreffen Prüfungen nach dem Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien und Prüfungen von Konzessionsabgaben. In den sonstigen Leistungen sind Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Kapitalmarktanforderungen enthalten.

Für beherrschte Unternehmen wurden von PwC (im Vorjahr KPMG) folgende Leistungen erbracht:

HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR BEHERRSCHTE UNTERNEHMEN

52

Tsd. €	Januar bis Dezember 2019	Januar bis Dezember 2018
Abschlussprüfungsleistungen	170	185
Andere Bestätigungsleistungen	3	6
Steuerberatungsleistungen	8	0
Sonstige Leistungen	7	2

Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem festen Jahresgehalt und einer variablen Vergütung zusammen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente, die zum Teil garantiert ist, sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen.

Die Höhe des festen Jahresgehalts und der Zieltantieme (kurzfristige variable Vergütungskomponente) werden jährlich überprüft. Die jährliche Überprüfung erfolgt anhand eines jährlich durch einen externen Gutachter zu ermittelnden Medianwerts für die Jahresgesamtdirektvergütung. Das feste Jahresgehalt und die Zieltantieme sollen dabei grundsätzlich stets so angepasst werden, dass die Jahresgesamtdirektvergütung insgesamt an den Medianwert vergleichbarer Unternehmen der Branche angeglichen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung der Mainova AG sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen finden hierbei Berücksichtigung. Bedeutet die Anpassung an den Median eine Herabsetzung der Bezüge oder werden die Bezüge durch den Aufsichtsrat gemäß § 87 Abs. 2 S. 1 AktG herabgesetzt, so besteht für den Vorstand ein Sonderkündigungsrecht.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzzielen gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT Mainova-Konzern nach HGB). Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT Mainova-Konzern nach HGB) während des Performancezeitraums. Wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aufgrund der Änderung des HGB in 2015 nicht mehr ausgewiesen, so bestimmt sich das Konzern-EBT dabei als Ergebnis nach Steuern gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB zuzüglich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 14 HGB. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Kundenzufriedenheit“ und „Mitarbeiterzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Das zuletzt bestellte Vorstandsmitglied erhält einen monatlichen Beitrag für eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung, die über einen externen Versicherer nach den Regelungen des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung durchgeführt wird. Die weiteren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene haben einen Anspruch auf ein Ruhegehalt beziehungsweise eine Hinterbliebenenversorgung in Form einer Leistungszusage. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der Mainova 35 % des zuletzt bezogenen festen Jahresgehalts garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanswartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der Mainova 45 % des zuletzt bezogenen festen Jahresgehalts. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der Mainova um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Erhöhungen des festen Jahresgehalts ab dem 1. Januar 2018 werden jeweils nur zu 90 % bei der Bestimmung des zuletzt bezogenen festen Jahresgehalts berücksichtigt. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen die gewährten Zuwendungen und die Zuflüsse im Geschäftsjahr 2019 des Vorstands nach dem „Deutschen Corporate Governance Kodex“ (DCGK) und die Gesamtbezüge nach DRS 17.

Gewährte Zuwendungen: Nach dem DCGK gelten Zuwendungen oder Vergütungen als gewährt, wenn sie den Vorstandesmitgliedern verbindlich zugesagt wurden. Für die variable Vergütung wird eine Zielerreichung von 100 % zugrunde gelegt.

BEZÜGE DES VORSTANDS (GEWÄHRTE ZUWENDUNGEN)

53

100 % Zielerreichung

Dr. Constantin H. Alsheimer
Vorstandsvorsitzender
Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2023)

Norbert Breidenbach
Vorstand
Eintritt: 01.07.2013 (bestellt bis 30.11.2020)

€	Dr. Constantin H. Alsheimer				Norbert Breidenbach			
	2018	2019	2019 (Min)	2019 (Max)	2018	2019	2019 (Min)	2019 (Max)
Festvergütung	356.004	375.996	375.996	375.996	275.004	279.996	279.996	279.996
Nebenleistungen	43.182	41.946	41.946	41.946	15.351	16.222	16.222	16.222
Summe	399.186	417.942	417.942	417.942	290.355	296.218	296.218	296.218
Einjährige variable Vergütung	142.290	149.328	82.350	¹	126.582	132.702	74.420	¹
Mehrfährige variable Vergütung (LAP)	97.000	97.000	–	145.500	87.000	87.000	–	130.500
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2016–2018	2017–2019			2016–2018	2017–2019		
Summe	638.476	664.270	500.292		503.937	515.920	370.638	
Versorgungsaufwand nach IAS 19	210.608	216.614	216.614	216.614	408.588	136.700	136.700	136.700
Gesamtvergütung (DCGK)	849.084	880.884	716.906	²	912.525	652.620	507.338	²
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	595.294	622.324	458.346	²	488.586	499.698	354.416	²

¹ Kein Cap, Koppelung an EBT Mainova-Konzern

² Keine Angabe, da kein Cap bei einjähriger variabler Vergütung

100% Zielerreichung

Lothar Herbst
Personalvorstand
Eintritt: 01.01.2006 (Austritt 31.12.2019)

Diana Rauhut
Vorstand
Eintritt: 01.11.2018 (bestellt bis 31.10.2023)

€	2018	2019	2019 (Min)	2019 (Max)	2018	2019	2019 (Min)	2019 (Max)
Festvergütung	275.004	279.996	279.996	279.996	45.834	279.996	279.996	279.996
Nebenleistungen	17.423	14.493	14.493	14.493	5.618	31.593	31.593	31.593
Summe	292.427	294.489	294.489	294.489	51.452	311.589	311.589	311.589
Einjährige variable Vergütung	126.582	132.702	74.420	1	21.097	132.702	74.420	1
Mehrfährige variable Vergütung (LAP)	77.000	77.000	-	115.500	12.833	77.000	-	115.500
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2016 – 2018	2017 – 2019			2016 – 2018	2017 – 2019		
Summe	496.009	504.191	368.909		85.382	521.291	386.009	
Versorgungsaufwand nach IAS 19	268.218	297.407	297.407	297.407	11.459	70.476	70.476	70.476
Gesamtvergütung (DCGK)	764.227	801.598	666.316	2	96.841	591.767	456.485	2
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	478.586	489.698	354.416	2	79.764	489.698	354.416	2

1 Kein Cap, Koppelung an EBT Mainova-Konzern

2 Keine Angabe, da kein Cap bei einjähriger variabler Vergütung

Zufluss: Dieser Begriff stellt darauf ab, in welchem Umfang die Vorstandsmitglieder Zahlungen erhalten haben. Dabei kommt es nicht auf den Termin der Auszahlung an, sondern den Zeitpunkt, zu dem der zufließende Betrag hinreichend sicher bekannt ist.

BEZÜGE DES VORSTANDS (ZUFLUSS)

54

Dr. Constantin H. Alsheimer
Vorstandsvorsitzender
Eintritt: 01.01.2006
(bestellt bis 31.12.2023)

Norbert Breidenbach
Vorstand
Eintritt: 01.07.2013
(bestellt bis 30.11.2020)

€	2019	2018	2019	2018
Festvergütung	375.996	356.004	279.996	275.004
Nebenleistungen	41.946	43.182	16.222	15.351
Summe	417.942	399.186	296.218	290.355
Einjährige variable Vergütung	178.608	168.795	158.722	150.161
Mehrfährige variable Vergütung (LAP)	115.430	109.610	103.530	98.310
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2017 – 2019	2016 – 2018	2017 – 2019	2016 – 2018
Sonstiges	-	-	-	-
Summe	711.980	677.591	558.470	538.826
Versorgungsaufwand nach IAS 19	216.614	210.608	136.700	408.588
Gesamtvergütung (DCGK)	928.594	888.199	695.170	947.414
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	670.034	634.409	542.248	523.475

€	Lothar Herbst Personalvorstand Eintritt: 01.01.2006 (Austritt 31.12.2019)		Diana Rauhut Vorstand Eintritt: 01.11.2018 (bestellt bis 31.10.2023)	
	2019	2018	2019	2018
Festvergütung	279.996	275.004	279.996	45.834
Nebenleistungen	14.493	17.423	31.593	5.618
Summe	294.489	292.427	311.589	51.452
Einjährige variable Vergütung	158.722	150.161	158.722	25.027
Mehrjährige variable Vergütung (LAP)	91.630	87.010	91.630	14.502
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2017 – 2019	2016 – 2018	2017 – 2019	2016 – 2018
Sonstiges	–	–	–	–
Summe	544.841	529.598	561.941	90.981
Versorgungsaufwand nach IAS 19	297.407	268.218	70.476	11.459
Gesamtvergütung (DCGK)	842.248	797.816	632.417	102.440
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	530.348	512.175	530.348	85.363

Die im DCGK getroffene Abgrenzung sei am Beispiel der Tantieme verdeutlicht: als „gewährt“ gilt hier das für das jeweilige Geschäftsjahr vertraglich vereinbarte und zugesagte Tantiemenbudget. In der Zufluss-Tabelle ist dagegen bereits der Tantiemenbetrag auszuweisen, der den Vorstandsmitgliedern voraussichtlich zufließen wird. Dass es im betreffenden Jahr noch keine Auszahlung gab, ist dabei nicht relevant.

Die Pensionsverpflichtungen für die Mitglieder des Vorstands gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

PENSIONSVERPFLICHTUNGEN FÜR DEN VORSTAND

55

€	31.12.2019		31.12.2018	
	Barwert der Pensionsverpflichtung	Veränderung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung	Barwert der Pensionsverpflichtung	Veränderung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung
Dr. Constantin H. Alsheimer	2.479.847	539.653	1.940.194	472.854
Norbert Breidenbach	857.509	249.367	608.142	486.069
Lothar Herbst	4.020.897	903.361	3.117.536	681.273
	7.358.253	1.692.381	5.665.872	1.640.196

Für das Geschäftsjahr 2018 wurden im Jahr 2019 erfolgsabhängige Tantiemen von 804 Tsd. Euro (Vorjahr 745 Tsd. Euro) ausgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der Mainova AG innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß §§ 190 ff. Umwandlungsgesetz oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die Mainova der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Stadtwerke-Frankfurt-Konzerns unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die Mainova AG dem Vorsitzenden des Vor-

stands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amts. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Im Geschäftsjahr 2019 bestand für die Unternehmensleitung sowie für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D & O-Versicherung). Hierfür sind Versicherungsprämien in Höhe von 154 Tsd. Euro (Vorjahr 124 Tsd. Euro) aufgewendet worden.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 831 Tsd. Euro (Vorjahr 818 Tsd. Euro). Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 12.050 Tsd. Euro (Vorjahr 11.594 Tsd. Euro) zurückgestellt worden.

Die Vergütung des Aufsichtsrats geht aus nachfolgender Übersicht hervor:

VERGÜTUNG DES AUFSICHTSRATS

56

€	2019			2018		
	Fixe Vergütung	Sitzungs-geld	Summe	Fixe Vergütung	Sitzungs-geld	Summe
OB Peter Feldmann	16.667	2.400	19.067	–	–	–
BM und StK Uwe Becker	20.000	5.600	25.600	25.000	6.400	31.400
Peter Arnold	17.000	6.800	23.800	17.000	7.600	24.600
Dr. Matthias Cord	17.000	6.000	23.000	17.000	6.000	23.000
Gabriele Aplen	10.000	1.200	11.200	9.167	1.600	10.767
Dr. Jörg Becker	12.000	4.000	16.000	12.000	4.400	16.400
StR Prof. Dr. Daniela Birkenfeld	15.000	3.600	18.600	15.000	3.200	18.200
Peter Bodens	5.000	2.000	7.000	12.000	4.400	16.400
Nicole Brunner	12.000	4.800	16.800	12.000	1.600	13.600
Thomas Dumke	7.834	1.600	9.434	–	–	–
Reinhold Falk	5.000	2.000	7.000	12.000	4.000	16.000
Markus Frank	11.167	3.600	14.767	10.000	800	10.800
René Gehringer	11.167	4.000	15.167	10.000	2.400	12.400
Dr. h. c. Ernst Gerhardt	5.000	2.400	7.400	12.000	5.200	17.200
Uwe Hartmann	6.667	1.600	8.267	–	–	–
Rosemarie Heilig	12.000	3.200	15.200	12.000	4.400	16.400
Dr. Gerhard Holtmeier	–	–	–	833	–	833
Holger Klingbeil	12.000	2.800	14.800	12.000	3.200	15.200
Cornelia Kröll	12.000	2.000	14.000	12.000	2.000	14.000
StR Stefan Majer	5.000	1.600	6.600	12.000	2.000	14.000
Beate Mensch	6.667	1.600	8.267	–	–	–
StR Claus Möbius	7.834	2.400	10.234	–	–	–
StR Eugenio Muñoz del Rio	7.834	2.000	9.834	–	–	–
StV Roger Podstatny	7.834	2.400	10.234	–	–	–
Ralf-Rüdiger Stamm	12.000	6.000	18.000	12.000	6.800	18.800
Jürgen Wachs	4.167	1.200	5.367	10.000	2.400	12.400
Michaela Wanka	5.000	800	5.800	12.000	4.400	16.400
	263.838	77.600	341.438	246.000	72.800	318.800

Die Bezüge des Beirats beliefen sich auf 61 Tsd. Euro (Vorjahr 60 Tsd. Euro).

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Hinsichtlich der nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte wird auf die Abschnitte „Haftungsverhältnisse“ und „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ verwiesen.

Darüber hinaus setzt die Mainova bei der Energiebeschaffung zur Absicherung der Risiken sowie zur Erzielung von Handelsmargen derivative Finanzinstrumente ein. Da es sich hierbei um schwebende Geschäfte handelt, werden diese mit Ausnahme von Vorleistungen oder drohenden Verlusten nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang angegeben (siehe nachfolgenden Abschnitt). Bei drohenden Verlusten aus derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, erfolgt am Bilanzstichtag die Bildung einer Rückstellung.

Sicherungsgeschäfte zur Energiebeschaffung

Zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung beschafft Mainova entsprechende Mengen mittels Sicherungsgeschäften vorwiegend für die Jahre 2020 bis 2022 im Voraus. Mainova unterteilt dabei in derivative Finanzinstrumente sowie Vertragsportfoliobewirtschaftung.

Derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Bestand an derivativen Finanzinstrumenten:

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

57

Tsd. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Strom									
Forward (long)	471	16.674	17.145	–	–	–1.884	–1.884	–98	–
Forward (short)	509	16.674	17.183	–	1.922	–	1.922	136	–
Kohle									
Swap (Payer)	12.263	6.272	18.535	22.960	–	–3.361	–3.361	–2.390	2.623
Swap (Receiver)	2.193	–	2.193	1.726	252	–	252	252	36
Öl									
Swap (Receiver)	1.979	–	1.979	1.624	–	–324	–324	–324	–63
	17.415	39.620	57.035	26.310	2.174	–5.569	–3.395	–2.424	2.596

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die derivativen Finanzinstrumente, die sich in einer Bewertungseinheit befinden:

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE IN BEWERTUNGSEINHEITEN

58

Tsd. €	Nominal				Marktwert				
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Strom									
Forward (long)	471	16.674	17.145	–	–	–1.884	–1.884	–98	–
Forward (short)	509	16.674	17.183	–	1.922	–	1.922	136	–
Kohle									
Swap (Payer)	12.263	6.272	18.535	20.139	–	–3.361	–3.361	–2.390	2.678
Öl									
Swap (Receiver)	1.979	–	1.979	1.624	–	–324	–324	–324	–63
	15.222	39.620	54.842	21.763	1.922	–5.569	–3.647	–2.676	2.615

Soweit die Voraussetzungen der Einbeziehung in Bewertungseinheiten nicht erfüllt sind, wurde für derivative Finanzinstrumente, die zum Stichtag einen negativen Marktwert aufweisen, eine Drohverlustrückstellung gebildet. Bei derivativen Finanzinstrumenten, die zum Stichtag einen positiven Marktwert aufwiesen, blieb dieser entsprechend des Imparitätsprinzips außer Ansatz. Die Gas-, Kohle und Öl-Swaps, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, weisen zum 31. Dezember 2019 einen positiven Marktwert (Vorjahr negativer Marktwert von 62 Tsd. Euro) auf, sodass keine Drohverlustrückstellung gebildet werden musste.

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2019 zu leisten sind.

Die Marktwerte der Derivate werden auf Basis von abgezinsten, zukünftig erwarteten Cashflows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

Die Höhe der im Rahmen von Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken entspricht den aufgeführten negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente.

Bei den Bewertungseinheiten (Micro Hedge) handelt es sich um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung. Die designierten Grundgeschäfte entsprechen hinsichtlich des Zeitraums sowie des Volumens im Wesentlichen den in der vorhergehenden Tabelle aufgeführten Werten.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen wird durch die Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen. Gegenläufige Zahlungsströme der durch die Bewertungseinheiten jeweils abgesicherten Risiken werden sich zukünftig vollständig ausgleichen, da alle wertbestimmenden Faktoren zwischen dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments stetig übereinstimmen.

Vertragsportfoliobewirtschaftung

Darüber hinaus werden zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken im Rahmen des Strom- und Gasvertriebs entsprechende Mengen mittels Strom- beziehungsweise Gastermingeschäften (OTC-Forwards) vorwiegend für die Jahre 2020 bis 2022 beschafft. Entsprechend den Grundsätzen des IDW RS ÖFA 3 fasst die Mainova diese schwebenden Energiebeschaffungsgeschäfte mit Energieabsatzverträgen für Zwecke der bilanziellen Bewertung zu Vertragsportfolien zusammen. Bei den Absatzmengen an Privat- und Gewerbekunden handelt es sich um routinemäßig durchgeführte Transaktionen, die im Rahmen des Endkundengeschäfts regelmäßig in den vergangenen Geschäftsjahren eingetreten sind und daher als hochwahrscheinlich eingestuft werden. Bei den zugehörigen schwebenden Beschaffungsgeschäften handelt es sich um physisch zu erfüllende Geschäfte, die der Marktpreisicherung für künftige Energielieferverpflichtungen für Strom und Gas dienen. Die Strom- und Gastermingeschäfte haben zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 728,9 Mio. Euro (Vorjahr 693,8 Mio. Euro). Hierfür beträgt die Differenz zwischen der aktuellen Marktbewertung und dem Nominalwert zum Bilanzstichtag – 107,2 Mio. Euro (Vorjahr 150,2 Mio. Euro). Die in das jeweilige Vertragsportfolio einbezogenen Geschäfte sind sowohl in sachlicher als auch in zeitlicher Hinsicht gleichartigen Risiken ausgesetzt, sodass eine Sicherungswirkung erzielt werden kann. Die Vertragsportfolien weisen in den Beschaffungszeiträumen positive Deckungsbeiträge auf. Daher ist die Bildung von Drohverlustrückstellungen nicht notwendig.

Außerdem wurden im Rahmen der Vermarktung der eigenen Stromerzeugungskapazitäten zur Vermeidung des Preisänderungsrisikos Stromterminverkäufe (OTC-Forwards) für die Jahre 2020 bis 2022 mit einem Nominalvolumen in Höhe von 61,1 Mio. Euro (Vorjahr 54,8 Mio. Euro) abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag ergibt sich eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von 5,8 Mio. Euro (Vorjahr – 18,8 Mio. Euro).

Zudem wurden Termingeschäfte für Emissionsrechte mit einem Nominalvolumen in Höhe von 17,1 Mio. Euro abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag ergibt sich eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

Ereignisse nach Ablauf des Berichtsjahres

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

„Deutscher Corporate Governance Kodex“

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex“ zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von Mainova wurde am 16. Dezember 2019 im Internet veröffentlicht und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht (www.mainova.de/entsprechenserklaerung).

Frankfurt am Main, den 9. März 2020



Dr. Alsheimer



Breidenbach



Rauhut

6. ORGANE DER GESELLSCHAFT

Aufsichtsrat

Aufsichtsrat



Peter Feldmann

Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Wohnort: Frankfurt am Main

Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 29. Mai 2019

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten

- ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) (V)
- Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K)
- Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) (V)
- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) (V)
- Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München (V)

Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

- Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH, Frankfurt am Main (V)
- Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (V)
- FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main (V)
- Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main
- KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (V)
- Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (stv V)
- Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV), Hofheim/Taunus (V)
- Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main (V)
- Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V)



Peter Arnold

Freigestellter Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main

Wohnort: Frankfurt am Main

1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

- Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg
- Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen
- Hanau Netz GmbH, Hanau
- Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg
- Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau



Dr. Matthias Cord

Stellv. Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München

Wohnort: München

2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats






- enercity Aktiengesellschaft, Hannover
- Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz (stv V)
- N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg (bis 12. April 2019)
- Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft, Würzburg
- Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel
- TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt (bis 28. Februar 2019)

- Conergos GmbH & Co. KG, München (seit 1. Mai bis 31. Dezember 2019)
- Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar (stv V) (bis 31. Januar 2019)
- Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg (stv V) (bis 31. Januar 2019)
- EKO2 GmbH, Koblenz (stv V)
- Gasversorgung Westerwald GmbH, Höhr-Grenzhausen
- Halberstadtwerke GmbH, Halberstadt (stv V)
- Heizkraftwerk Würzburg GmbH, Würzburg
- RhönEnergie Fulda GmbH, Fulda (stv V)
- Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena
- Stadtwerke Homburg GmbH, Homburg (stv V) (bis 31. Januar 2019)
- Stadtwerke Jena GmbH, Jena
- Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss
- Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Kassel
- Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel
- Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Zweibrücken (stv V) (bis 30. Juni 2019)
- Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau (stv V) (bis 31. Mai 2019)

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Gabriele Aplen Prokuristin und Leiterin der Hauptabteilung Gesellschaftsrecht und Gremien der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: München</p>	<ul style="list-style-type: none"> • enercity Aktiengesellschaft, Hannover • Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz • EWR Aktiengesellschaft, Worms • N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg 	<ul style="list-style-type: none"> • EKO2 GmbH, Koblenz • Energie Südbayern GmbH, München • Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland / Sylt • Stadtwerke Heide GmbH, Heide (stv V)
	<p>Dr. Jörg Becker Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Darmstadt</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
	<p>Uwe Becker Bürgermeister und Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K) • Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) • Süwag Energie AG, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (stv V) • Betriebskommission Hafens- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (stv V) • Betriebskommission der Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V) bis 31. Dezember 2019) • Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main • Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH, Frankfurt am Main • RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main • RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main • Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Nassauische Sparkasse (Mitglied im Verwaltungsrat), Wiesbaden
	<p>Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) • Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH, Wiesbaden • KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) • Praunheimer Werkstätten Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) • WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main (V)
	<p>Peter Bodens Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Kahl am Main bis 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Nicole Brunner Senior Controlllerin, Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Villmar</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> keine
	<p>Thomas Dumke Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Gelnhausen seit 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> keine
	<p>Reinhold Falk Abteilungsleiter Nachwuchs- entwicklung der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Niddatal bis 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	<ul style="list-style-type: none"> keine
	<p>Markus Frank Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V) Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) Betriebskommission Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main ([V] bis 30. September 2018, seit 1. Oktober 2018 [stv V]) FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V) Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH, Frankfurt am Main (V)
	<p>René Gehringer IT-Anwendungsberater, freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Oberursel</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> keine



Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Dr. h. c. Ernst Gerhardt Unternehmensberater Beamter im Ruhestand Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main bis 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main
	<p>Uwe Hartmann Assetmanagement Vertrieb Wärme und Contracting, Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Nidderau seit 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> keine
	<p>Rosemarie Heilig Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH, Wiesbaden FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main (V) GWR – gemeinnützige Gesellschaft für Wiederverwendung und Recycling mbH, Frankfurt am Main Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Flörsheim am Main Regionalpark Rhein-Main Süd-West Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (stv V) SFG – Servicegesellschaft für Frankfurt und Grüngürtel gGmbH, Frankfurt am Main Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Wiesbaden Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH, Frankfurt am Main
	<p>Holger Klingbeil IT-Anwendungsberater, freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Flörsheim am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> keine
	<p>Cornelia Kröll Stellv. Landesbezirksleiterin der ver.di Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> Stadtwerte Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (stv V) 	<ul style="list-style-type: none"> keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Stefan Majer Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main bis 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) • FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main • Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) • FÄZ Fachärzteezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V)¹ • Hospital-Service & Catering GmbH, Frankfurt am Main (V)¹ • HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V)¹ • Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH, Frankfurt am Main • Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V)¹ • Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V)² • Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main
	<p>Beate Mensch Organisationsentwicklung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Wiesbaden seit 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • keine
	<p>Claus Möbius Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main seit 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebskommission Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main (V) • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (stv V)
	<p>Eugenio Muñoz del Rio Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main seit 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main • Frankfurt Ticket RheinMain GmbH, Frankfurt am Main • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main • Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
	<p>Roger Podstatny Stadtverordneter der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main seit 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> • keine 	<ul style="list-style-type: none"> • AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main • Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main • BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
	<p>Ralf-Rüdiger Stamm Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Friedberg</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg • Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	<ul style="list-style-type: none"> • keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	<p>Jürgen Wachs Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Frankfurt am Main Wohnort: Mainz bis 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main
	<p>Michaela Wanka Unternehmensberaterin und Business-Coach Wohnort: Schriesheim bis 29. Mai 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> keine

1 Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main

2 Mitgliedschaft begründet durch Amt im Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main

K Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

V Vorsitz

stv V stellvertretender Vorsitz

Vorstand

Vorstand

	<i>Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten</i>	<i>Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen</i>
 <p>Dr. Constantin H. Alsheimer bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2023 Vorsitzender des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH, Eisenach (bis 23. Mai 2019) Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (stv V) Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V) Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (V) Ohra Energie GmbH, Hörssel Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau (stv V) Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München² (V)³ Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)
 <p>Norbert Breidenbach bestellt vom 1. Juli 2013 bis 30. November 2020 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> ABO Wind Aktiengesellschaft, Wiesbaden 	<ul style="list-style-type: none"> Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main (V)² Eisenacher Versorgungsbetriebe GmbH, Eisenach Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main⁶ (seit 1. Januar 2020 im Aufsichtsrat) Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen⁴ Hanau Netz GmbH, Hanau Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg ([stv V] bis 12. Juni 2019, seit 13. Juni 2019 [V]) Ohra Energie GmbH, Hörssel Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH, Frankfurt am Main (stv V) Werraenergie GmbH, Bad Salzungen
 <p>Lothar Herbst bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2020 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main bis 31. Dezember 2019</p>	<ul style="list-style-type: none"> keine 	<ul style="list-style-type: none"> Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main¹ Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (V) bis 25. Juni 2019, seit 26. Juni 2019 [stv V] Netzeigentums-gesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG, Mörfelden-Walldorf (seit 10. April 2019 [stv V])¹ Ohra Energie GmbH, Hörssel (stv V) Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München^{1, 2, 3} Werraenergie GmbH, Bad Salzungen

Vorstand

**Diana Rauhut**

bestellt vom 1. November
2018 bis 31. Oktober 2023
Mitglied des Vorstands
der Mainova AG, Frankfurt
am Main

keine

- Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH, Eisenach (seit 23. Mai 2019)
- Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg (V) ¹
- Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main ⁵ (seit 1. Januar 2020)
- Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen ¹
- Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main ¹
- Hanau Netz GmbH, Hanau ¹
- Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg ¹
- Ohra Energie GmbH, Hörsel ¹
- Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich ¹ (seit 21. März 2019 [stvV])
- Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau ¹
- Werraenergie GmbH, Bad Salzungen ¹

¹ Seit 1. Januar 2019

² Gesellschafterausschuss

³ Finanzausschuss

⁴ Konsortialausschuss

⁵ Koordinierungsausschuss

⁶ Aufsichtsrat und Koordinierungsausschuss

K Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

V Vorsitz

stvV stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2019 bzw. den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der Mainova.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2019

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

Tsd. €	<i>Anschaffungs- oder Herstellungskosten</i>				31.12.2019
	01.01.2019	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	139.161	2.673	1.379	84	143.129
	139.161	2.673	1.379	84	143.129
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	396.832	3.406	15.989	1.048	415.179
2. Technische Anlagen und Maschinen					
a.) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	754.231	5.570	3.025	2.802	760.024
b.) Verteilungsanlagen					
– Verteilungsnetze	1.945.778	25.545	14.496	5.671	1.980.148
– Hausanschlüsse	357.527	7.814	564	–	365.905
– Straßenbeleuchtung, Zähler	89.230	2.106	–	511	90.825
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	166.308	6.909	2.885	1.362	174.740
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	53.557	53.243	–38.338	670	67.792
	3.763.463	104.593	–1.379	12.064	3.854.613
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	122.681	14.474	–	1.958	135.197
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	13.271	10.400	–	2.699	20.972
3. Beteiligungen	232.018	1.991	1.707	414	235.302
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.435	–	–	206	3.229
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.707	–	–1.707	–	–
6. Sonstige Ausleihungen	524	–	–	143	381
7. Genossenschaftsanteile	3	–	–	–	3
	373.639	26.865	–	5.420	395.084
	4.276.263	134.131	–	17.568	4.392.826

01.01.2019	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen		Buchwerte
					31.12.2019	31.12.2019	31.12.2018
108.896	7.924	-	-	84	116.736	26.393	30.265
108.896	7.924	-	-	84	116.736	26.393	30.265
215.541	6.324	-	85	1.044	220.906	194.273	181.291
639.192	14.932	-	-80	2.638	651.406	108.618	115.039
1.586.044	28.132	-	-	5.471	1.608.705	371.443	359.734
253.856	6.481	-	-	-	260.337	105.568	103.671
63.639	2.422	-	-	280	65.781	25.044	25.591
145.954	6.003	-	-5	1.345	150.607	24.133	20.354
-	-	-	-	-	-	67.792	53.557
2.904.226	64.294	-	-	10.778	2.957.742	896.871	859.237
4.456	-	-	-	-	4.456	130.741	118.225
-	-	-	-	-	-	20.972	13.271
113.096	12.296	8.584	-	-	116.808	118.494	118.922
-	-	-	-	-	-	3.229	3.435
-	-	-	-	-	-	-	1.707
-	-	-	-	-	-	381	524
-	-	-	-	-	-	3	3
117.552	12.296	8.584	-	-	121.264	273.820	256.087
3.130.674	84.514	8.584	-	10.862	3.195.742	1.197.084	1.145.589

BETEILIGUNGEN

BETEILIGUNGEN

60

Firma	Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
				Jahr	Tsd. €
		%	Tsd. €		Tsd. €
Verbundene Unternehmen					
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH ¹	Frankfurt am Main	90,00	7.186	2019	1.593
Energieversorgung Main-Spessart GmbH ¹	Aschaffenburg	100,00	5.000	2019	2.552
Energy Air GmbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	52	2019	4.489
Erdgas Westthüringen Beteiligungs- gesellschaft mbH	Bad Salzungen	100,00	34.273	2019	3.705
Ferme Eolienne de Migé SARL	Toulouse, Frankreich	100,00	- 1.354	2019	118
Hotmobil Deutschland GmbH ¹	Gottmadingen	100,00	2.816	2019	1.867
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	337.236	2019	39.566
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	50	2019	5
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	85,00	6.614	2019	364
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.424	2019	1.115
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	8.707	2019	1.524
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	50	2019	3.822
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	45	2019	3
Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	1.255	2019	- 70
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	5.040	2019	533
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	5.195	2019	270
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	2.950	2019	235
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	20.902	2019	7.370
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH ¹	Frankfurt am Main	100,00	34	2019	2.835
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Wiesbaden	100,00	16	2019	- 5
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	50	2019	2

Firma	Sitz	Anteil am	Eigenkapital der	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		Kapital	Gesellschaften	Jahr	Tsd. €
		%	Tsd. €		
Beteiligungen					
a) unmittelbare Beteiligungen					
8KU GmbH	Berlin	12,50	260	2018	-8
ABGnova GmbH	Frankfurt am Main	50,00	361	2018	48
ABO Wind AG	Wiesbaden	10,37	76.862	2018	5.277
book-n-drive mobilitätssysteme GmbH	Wiesbaden	33,00	432	2018	129
CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	Hamburg	30,00	3.810	2018	-8
Dynea Energiehandel GmbH	Frankfurt am Main	6,67	300	2018	2
ENAG/ Maingas Energieanlagen GmbH ²	Eisenach	50,00	947	2019	431
eserv GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,00	54	2018	14
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	50,00	31	2018	1
Gas-Union GmbH	Frankfurt am Main	34,27	108.902	2018	4.205
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	25.234	2018	3.550
Gasversorgung Offenbach GmbH ²	Offenbach am Main	25,10	17.451	2019	2.856
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	73.866	2018	3.907
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	221.560	2018	-29.453
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	44.521	2018	5.695
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	Groß-Gerau	36,33	80	2018	3
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	1.378	2018	176
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	Frankfurt am Main	20,00	169	2018	4
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	39	2018	-
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	26,03	8.013	2018	436
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg (Hessen)	50,00	19.133	2018	4.059
Stadtwerke Dreieich GmbH	Dreieich	26,25	19.231	2018	5.637
Stadtwerke Hanau GmbH	Hanau	49,90	31.547	2018	7.309
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	Frankfurt am Main	29,90	5.237	2018	677
SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG	München	12,50	81.459	2018	4.278
Syneco GmbH & Co. KG i.L. ³	München	19,69	2.300	2019	-98
Syneco Verwaltungs GmbH i.L. ³	München	25,10	36	2019	2

Firma	Sitz	Anteil am	Eigenkapital der	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		Kapital	Gesellschaften	Jahr	Tsd. €
		%	Tsd. €		Tsd. €
b) Mittelbare Beteiligungen über Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH					
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Eisenach	23,90	13.243	2018	3.951
Ohra Energie GmbH	Hörsel	49,00	23.338	2018	4.342
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	24.194	2018	1.898
c) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH					
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA ⁴	München	20,53	2.295.508	2018	290.842
d) Mittelbare Beteiligungen über Mainova ServiceDienste GmbH					
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	470	2018	6
e) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG					
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Heidesheim	28,80	20	2018	-2
f) Mittelbare Beteiligungen über NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH					
Hanau Netz GmbH	Hanau	10,00	2.397	2018	494

- 1 Ergebnisabführungsvertrag
- 2 Bilanzstichtag 30. September
- 3 Bilanzstichtag 30. April
- 4 Konzernabschluss HGB

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

an die Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Mainova Aktiengesellschaft, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1 **Periodisierung der Umsatzerlöse aus Energie- und Wasserverkauf**
- 2 **Bewertung der Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen**

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- 1 **SACHVERHALT UND PROBLEMSTELLUNG**
- 2 **PRÜFERISCHES VORGEHEN UND ERKENNTNISSE**
- 3 **VERWEIS AUF WEITERGEHENDE INFORMATIONEN**

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1 Periodisierung der Umsatzerlöse aus Energie- und Wasserverkauf

- 1 Die Umsatzrealisierung im Zusammenhang mit dem Verkauf von Energie und Wasser erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der Abnahme durch den Kunden. Da für einen Großteil der Kunden der Verbrauch lediglich einmal jährlich ermittelt wird (rollierende Jahresverbrauchsablesung), erfolgt die Erfassung der Umsatzerlöse zwischen dem letzten Abrechnungszeitpunkt des einzelnen Kunden und dem Bilanzstichtag aufgrund von Hochrechnungen und geschätzten Verkaufsmengen (bilanzielle Abgrenzung).

Es besteht ein Risiko für den Jahresabschluss, dass die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Energie und Wasser zum Stichtag aufgrund des Ansatzes von Schätzwerten im Zusammenhang mit dem Verbrauchsverhalten der Kunden, von der Vielzahl an Abnahmestellen sowie komplexer IT-gestützter Prozesse bei Ermittlung und Erfassung der Erlöse falsch abgegrenzt wurden.

- 2 Unter Berücksichtigung der Kenntnis, dass aufgrund der Komplexität und der vorzunehmenden Einschätzungen und Annahmen ein erhöhtes Risiko falscher Angaben in der Rechnungslegung besteht, haben wir die eingerichteten Prozesse und Kontrollen zur Abrechnung und Hochrechnung der Umsatzerlöse einschließlich des zum Einsatz kommenden IT-Systems beurteilt. Des Weiteren haben wir die der Hochrechnung zugrundeliegenden Parameter gewürdigt sowie eine Untersuchung der retrograden Verprobung vorgenommen.

Ferner haben wir Einzelfallprüfungshandlungen durchgeführt, die die Güte, Plausibilität, Stetigkeit und Vollständigkeit der Hochrechnung sicherstellen.

Wir konnten uns davon überzeugen, dass die eingerichteten Systeme und Prozesse sowie die eingerichteten Kontrollen angemessen sind und stetig angewendet werden, um eine sachgerechte Periodenabgrenzung der Umsatzerlöse aus dem Energie- und Wasserverkauf darzustellen.

- 3 Die Angaben der Gesellschaft zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Abschnitt 1 des Anhangs der Gesellschaft aufgeführt.

2 Bewertung der Rückstellungen für drohende Verluste aus langfristigen Energiebezugsverträgen

- 1 Die Gesellschaft ist aufgrund bestehender Stromlieferverträge mit zwei Gaskraftwerken vertraglich dazu verpflichtet, die produktionsbezogenen Kosten sowie die Fixkosten der Gaskraftwerke entsprechend ihrer Beteiligungsquote an den jeweiligen Gaskraftwerken anteilig zu tragen. Nach Einschätzung der Gesellschaft sowie basierend auf externen Markteinschätzungen ist, bedingt durch das gegenwärtig geringe Niveau der Stromgroßhandelspreise, eine kostendeckende Stromproduktion durch die Gaskraftwerke mittel- bis langfristig nicht möglich, sodass die Gesellschaft den Risiken aus anfallenden Gesamtverlusten mittels Bildung einer sonstigen Rückstellung für drohende Verluste aus langfristigen Strombezugsverträgen über die Restlaufzeit der Strombezugsverträge in Höhe von € 48,9 Mio (Vorjahr € 48,3 Mio) Rechnung getragen hat. Aufgrund der Langfristigkeit der Rückstellung wurde diese gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit ihrem Barwert zum Bilanzstichtag angesetzt.

Die Bewertung der Rückstellung ist in einem hohen Maß abhängig von Annahmen und Prognosen, insbesondere über die Entwicklung der Energiemärkte, die die gesetzlichen Vertreter bei der Ermittlung zugrunde gelegt haben. Die Bewertung ist entsprechend mit wesentlichen Unsicherheiten und Ermessensentscheidungen behaftet. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der hohen Komplexität der Bewertung war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir, ausgehend vom rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem die Angemessenheit der angewandten Bewertungsmethode sowie der Bewertungsprämissen (insbesondere Markteinschätzungen der gesetzlichen Vertreter, Bewertungszeitraum und Diskontierungszins) kritisch gewürdigt. Wir haben die Angemessenheit der Erwartungen der Gesellschaft zur zukünftigen Entwicklung der Energiemärkte bis zum Ende der Laufzeit der zugrundeliegenden Strombezugsverträge anhand externer Markteinschätzungen beurteilt. Ferner haben wir die rechnerische Richtigkeit der Berechnungen nachvollzogen und die Angemessenheit der von der Gesellschaft vorgenommenen Sensitivitätsrechnungen gewürdigt. Den bei der Ermittlung des Barwertes verwendeten fristenadäquaten Diskontierungszins haben wir anhand öffentlich verfügbarer Vergleichsdaten beurteilt.

Wir konnten uns davon überzeugen, dass die getroffenen Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter hinreichend begründet sind, um die Bewertung dieser Rückstellungen zu rechtfertigen.

- ③ Die Angaben der Gesellschaft zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind in Abschnitt 1 des Anhangs der Gesellschaft aufgeführt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden von uns vor Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangten nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die in Abschnitt „Sonstige Angaben“ des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB
- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b Abs. 3 HGB und § 315b Abs. 3 HGB

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses, des geprüften Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutendsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Stromverteilung“ und „Gasverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des Entwurfs einer Neufassung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Abs. 5 Energiewirtschaftsgesetz (IDW EPS 610 n.F.) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 29. Mai 2019 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 8. Oktober 2019 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2019 als Abschlussprüfer der Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dirk Fischer.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Mainova AG vermittelt und im Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Mainova AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Mainova AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 9. März 2020



Dr. Alsheimer



Breidenbach



Rauhut

Grafik- und Tabellenverzeichnis

Zusammengefasster Lagebericht

1	Segmentaufteilung nach Wertschöpfungsstufen	2
2	Strategie Mainova 2028	3
3	Der strategische Review 2019	4
4	Nachhaltigkeitsmanagement	5
5	Primärenergieverbrauch in Deutschland	10
6	Preisentwicklung Kohle und Rohöl 2019	10
7	Preisentwicklung Gas 2019	11
8	Preisentwicklung CO ₂ -Emissionsrechte 2019	11
9	Preisentwicklung Strom 2019	11
10	Margen für Kohle- bzw. Gaskraftwerke 2019	12
11	Absatz	12
12	Erzeugungsmengen	13
13	Stromerzeugung	13
14	Wärme-/Kälteerzeugung	13
15	Energieeinsatz	13
16	Bereinigte Segmentergebnisse	14
17	Umsatzerlöse	14
18	Bilanz (Kurzfassung)	15
19	Investitionen	16
20	Kapitalflussrechnung	17
21	Erwartete Segmententwicklung	20
22	Erwartete Investitionen	20
23	Risikomanagementsystem	21
24	Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)	29
25	Segmentergebnisse der Mainova AG	30
26	Umsatzerlöse der Mainova AG	30
27	Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)	31
28	Kapitalflussrechnung der Mainova AG	31

Jahresabschluss

29	Bilanz	34
30	Gewinn- und Verlustrechnung	35
31	Nutzungsdauern der Sachanlagen	37
32	Vorräte	41
33	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41
34	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	42
35	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	42
36	Rückstellungen	43
37	Verbindlichkeiten	44
38	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	44
39	Sonstige Verbindlichkeiten	45
40	Haftungsverhältnisse	45
41	Finanzielle Verpflichtungen	46
42	Umsatzerlöse	47
43	Sonstige betriebliche Erträge	48
44	Materialaufwand	48
45	Personalaufwand	48
46	Sonstige betriebliche Aufwendungen	49
47	Ergebnis aus Finanzanlagen	49
48	Zinsergebnis	50
49	Steuern	50
50	Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen	51
51	Honorar des Abschlussprüfers	52
52	Honorar des Abschlussprüfers für beherrschte Unternehmen	53
53	Bezüge des Vorstands (gewährte Zuwendungen)	54
54	Bezüge des Vorstands (Zufluss)	55
55	Pensionsverpflichtungen für den Vorstand	56
56	Vergütung des Aufsichtsrats	57
57	Derivative Finanzinstrumente	58
58	Derivative Finanzinstrumente in Bewertungseinheiten	59
59	Entwicklung des Anlagevermögens	70
60	Beteiligungen	72

Impressum

Herausgeber

Mainova AG
Solmsstraße 38
60486 Frankfurt am Main
Telefon 069 213-02
Telefax 069 213-81122
www.mainova.de

Redaktion Konzernkommunikation

Ferdinand Huhle
(verantwortlich, Leiter Konzernkommunikation und Public Affairs)
Jürgen Mai
(Projektleitung)

Ansprechpartner für Aktionäre

Christian Rübiger
(Vorstandsangelegenheiten und Unternehmensdokumentation)
E-Mail: investor-relations@mainova.de

Konzept, Design und Realisation

Stilmanöver Designprojekte, Mainz
www.stilmanoever.de

Fotografie

STORCH – Agentur für Pressefotografie

